

# Sand im Getriebe 13

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

## Schwerpunkt: ESF FLORENZ Globalisierung und Krieg

Wir haben uns entschlossen, mandatiert durch den ATTAC-RAT, die Pause von Sand im Getriebe zu beenden und ca. alle zwei Wochen eine Nummer von „Sand im Getriebe“ zusammen zu stellen. Zwei Dinge sind uns bei dieser redaktionellen Tätigkeit wichtig:

Einmal die **Internationalität**, also den Blick über die (Sprach)grenzen hinaus. Wer [www.attac.org](http://www.attac.org) anklickt, wird feststellen können, dass es bei ATTAC schon vier elektronische Zeitschriften gibt: Die französische „grain de sable“, zweimal pro Woche, die englische „sand in the wheels“, die italienische „granello de sabla“ und die spanische „grano de arena“, alle drei wöchentlich. Wir werden also auf viele Artikel zurückgreifen können, dank der tatkräftigen und schnellen Unterstützung durch die Mitglieder des französischen Übersetzerteams „coordinatrad“! Wir hoffen, damit die vielfältigen Debatten der internationalen ATTAC-Bewegung für uns fruchtbar zu machen.

Zum anderen geht es um die **theoretische Unterfütterung** der globalisierungskritischen Bewegung nach der Devise „Comprendre pour agir“ (Verstehen um zu handeln). Dazu streben wir die Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat von ATTAC-D an und hoffen auf die Veröffentlichung von neuen Analysen und vorantreibenden Diskursen.

Wir wollen in den ersten drei Nummern über das **Europäische Sozialforum** berichten, Das Europäische Sozialforum ist nur eines der Foren, die im Februar 2002 auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre vereinbart wurden. Im August 2002 hat schon ein Sozialforum über Argentinien stattgefunden, im Januar 2003 werden ein afrikanisches, ein asiatisches und ein Panamazonas- Sozialforum durchgeführt. Schon Ende Dezember findet in Ramallah ein Sozialforum in Palästina statt. Wir werden darüber und über das Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre ausführlich berichten.

In der vorliegenden Nummer veröffentlichen wir die Beschlüsse des europäischen Sozialforums in FLORENZ und widmen uns dem ersten seiner drei Schwerpunkt **„Globalisierung und Krieg“**.. SiG 15 wird sich dem zweiten ESF-Schwerpunkt **„Globalisierung und Neoliberalismus“** widmen. Eine weitere Nummer, SiG 16, befasst sich mit dem dritten ESF-Schwerpunkt: **„Globalisierung und Demokratie“**.

Wir werden ebenfalls eine Weltreise durch die Kontinente machen, über die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung dort berichten, die ATTAC-Organisationen vorstellen und über die jeweiligen Kampagnen berichten. Den Anfang machen wir in **Frankreich**: Wir werden in SiG 14 die wichtigsten Dokumente des **ATTAC-Kongresses vom 30 November** veröffentlichen und beginnen schon mal in dieser Nummer mit der Übersetzung der Rede des neuen Präsidenten von ATTAC-Frankreich, Jacques Nikonoff.

Die Konzeption von Sand im Getriebe werden wir in den nächsten Wochen ausfeilen. Unter anderem wollen wir einen Überblick über die Flut von globalisierungskritischen Bücher erstellen. Wir freuen uns dabei auf Vorschläge und Hinweise unserer Leser!.

Viel Spaß mit den Texten!

Peter Strotmann (ATTAC Berlin) und Marie-Dominique Vernhes (ATTAC Hamburg)

## Inhalt dieser Nummer:

### ESF-Berichte

ESF:Aufruf gegen den Krieg (2)
ESF:Aufruf der Europäischen Sozialen Bewegungen (2)
Europa und die neue internationale (Un)ordnung (6)
Konferenz „Gerechtigkeit und Frieden“ (7)
Peter Wahl: „Jähe Wendungen sind möglich“ (8)

### Globalisierung und Krieg

Jörg Huffschmid: „Wie die unsichtbare Hand des Marktes zur sichtbaren Faust des Krieges wird“ (11)
Felix Kolb: „Regimewechsel beginnt zuhause“ (17)
Tobias Pflüger: „Präventivkriege – jetzt auch deutsche Politik?“ (19)
USA: Gewerkschaften unterstützen die Anti-Kriegs-Bewegung (23)

### ATTAC international

Jacques Nikonoff: „Abschlussrede auf dem Kongreß von ATTAC-France am 1.12.2002 (25)
ATTAC-France zu Palästina (26)
Kurznachrichten: Venezuela (30); Tunesien (31)

### Projekte von ATTAC-D-Gruppen

Kongreß „Die Welt ist keine Ware“ in Stuttgart: Rede von Vandana Shiva, Indien:Diktatur der WTO oder lebendige Demokratie (27)
---

Europäisches Sozialforum in Florenz, November 2002

## **Aufruf gegen den Krieg**

*An alle Bürgerinnen und Bürger Europas*

*Gemeinsam können wir diesen Krieg stoppen!*

Wir, die Europäischen Sozialen Bewegungen, kämpfen für soziale Rechte und Gerechtigkeit, für Demokratie und gegen alle Arten von Unterdrückung. Wir stehen für eine Welt, in der Vielfalt, Freiheit und gegenseitiger Respekt herrschen.

Wir glauben, dass dieser Krieg, ob von der UNO legitimiert oder nicht, eine Katastrophe für das irakische Volk sein wird, das schon jetzt unter dem Embargo und dem Saddam Hussein Regime leidet, sowie für alle Völker im Nahen Osten. All diejenigen, die sich für demokratische, politische Lösungen von internationalen Konflikten bekennen, sollten diesen Krieg ablehnen, denn er könnte zu einem globalen Desaster führen.

Es gibt in jedem Land Europas massenhaften Widerstand gegen den Krieg.

Hunderttausende haben schon jetzt für Frieden demonstriert.

Wir rufen die Bewegungen und die Bürgerinnen und Bürger zu europaweitem Widerstand gegen den Krieg auf.

Wir rufen dazu auf,

1. ab heute massenhafte Proteste gegen einen Angriff auf den Irak zu organisieren,
2. im Falle eines Kriegsbeginns sofort Proteste und Aktionen durchzuführen und landesweite Proteste am darauf folgenden Samstag zu organisieren.
3. Mit der Organisierung riesiger Anti-Kriegs-Demonstrationen in jeder Hauptstadt für den 15. Februar 2003 zu beginnen.

**Wir können diesen Krieg verhindern!**

---

## **Aufruf der Europäischen Sozialen Bewegungen, November 2002 in Florenz**

Wir sind zusammengekommen – soziale und Bürgerbewegungen aus allen Regionen Europas, Ost und West, Nord und Süd. Ein langer Weg hat uns zusammengeführt: Die Demonstrationen in Amsterdam, Seattle, Prag, Nizza, Göteborg, Genua, Brüssel, Barcelona, die großen Mobilisierungen gegen den Neoliberalismus, die Generalstreiks zur Verteidigung der sozialen Rechte, die Mobilisierungen gegen den Krieg zeugen von dem Willen, ein anderes Europa aufzubauen. Wir stehen auf dem Boden der Grundsatzklärung des Weltsozialforums und des Aufrufs der Sozialen Bewegungen von Porto Alegre.

Wir sind in Florenz zusammengekommen, um unsere Gegnerschaft gegen eine europäische Ordnung zum Ausdruck zu bringen, die sich auf die Macht der Multis und den Neoliberalismus stützt. Dieses Marktmodell führt zu ständigen Angriffen auf die Rechte und die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten, zu sozialer Ungleichheit, zur Unterdrückung ethnischer Minderheiten, zur sozialen Ausgrenzung von Erwerbslosen und MigrantInnen. Es führt zur Zerstörung der Umwelt, zur Privatisierung und zur Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Es drängt mächtige Länder, die Wirtschaft schwächerer Länder zu dominieren und ihnen das Recht auf Selbstbestimmung zu verwehren. Erneut führt es zu Kriegen.

Wir sind zusammengekommen, um unsere Bündnisse zu stärken und zu erweitern, weil der

Aufbau eines anderen Europa und einer anderen Welt nunmehr dringend auf die Tagesordnung steht. Wir wollen eine Welt der Gleichheit, der sozialen Rechte und der Achtung der Verschiedenheiten, eine Welt, in der das Recht auf Bildung, einen anständigen Arbeitsplatz, Gesundheitsversorgung und Wohnung für alle gilt, eine Welt, die das Recht auf gesunde Nahrungsmittel kennt, die Farmer und Bauern anbauen; eine Welt ohne Armut, ohne Sexismus und Frauenunterdrückung, ohne Rassismus und ohne Homophobie. Eine Welt, in der Menschen vor Profit gehen. Eine Welt ohne Kriege.

Wir sind zusammengekommen, um Alternativen zu diskutieren, aber wir müssen auch unsere Netzwerke weiter ausbauen und gemeinsame Kampagnen und Aktionen planen, die alle zusammen eine andere Zukunft möglich machen. Große Bewegungen und Kämpfe haben an allen Ecken Europas begonnen; die sozialen Bewegungen in Europa stellen eine neue und konkrete Möglichkeit dar, ein anderes Europa für eine andere Welt aufzubauen.

Wir verpflichten uns hiermit, im kommenden Jahr unsere Netzwerke in folgenden Mobilisierungen und Kampagnen auszubauen:

### ***Gegen den Neoliberalismus***

- die Kampagne für den Erlass der Schulden der so genannten Dritten Welt. Für die vollständige Streichung der Staatsschulden der Dritten Welt und die Maßnahmen der 'strukturellen Anpassung', die von der Weltbank und dem IWF aufgezwungen werden. Wir fragen mit den Menschen des Südens: 'Wer schuldet wem wie viel?' Wir fordern Wiedergutmachung für die Ausplünderung der Dritten Welt. Als Termine setzen wir die Treffen der Weltbank und des IWF im April 2003 in Washington und der G8 in Evian im Juni 2003 (**CADTM-international, RCADE, Jubilee South, Friends of the Earth, CNCD**);

- die internationale Mobilisierung gegen das Weltwirtschaftsforum im Davos: Demonstration in Davos am 25.1.2003, Konferenz "Public eye on Davos" (23-27.1.2003), Konferenz "Autre Davos" à Zurich (23.1.2003) (**La coalition d'Olten**)

- eine Kampagne gegen die Olympischen Spiele in Athen 2004 (**Netzwerk der sozialen Rechte, Kampagne gegen 2004**). [Anti2004@yahoogroups.com](mailto:Anti2004@yahoogroups.com) [hlios@central.ntua.gr](mailto:hlios@central.ntua.gr)

- zur Unterstützung der Mobilisierung der "Internationalen Koalition für gerechten und effektiven Umgang mit Drogen" bei der UN am 16-17 April in Wien beim Treffen zur Drogen. [www.fuoriluogo.it](http://www.fuoriluogo.it)

- für die politische und praktische Förderung der internationalen Sprache Esperanto, speziell durch die Nutzung des Internet und in Veröffentlichungen als Maßnahme zur Förderung der europäischen und weltweiten Verständigung. [Lapo.Orlandi@linguainternazionale.it](mailto:Lapo.Orlandi@linguainternazionale.it)

### ***Gegen den Krieg***

- **der Aufruf an die Bewegungen und Menschen in Europa:**

- massiven Widerstand gegen den Angriff auf den Irak jetzt zu organisieren;

- direkt nach Kriegsbeginn den Protest zu artikulieren und für den darauffolgenden Samstag zu Demonstrationen aufzurufen;

- mit der Organisation großer Antikriegsdemonstrationen in allen Hauptstädten am 15. Februar zu beginnen

- ein europäisches Netzwerk zur Koordination der Aktionen gegen den Krieg für das Treffen in Kopenhagen am 15. Dezember aufzubauen:

(**Europäische soziale Bewegungen**)

- die Kampagne zugunsten von Abrüstung in Europa gegen die militaristische Basis in Europa und gegen Ausgaben für Rüstung sowie die Umleitung dieser Mittel für soziale Zwecke (**Bastaguerra, Italien**);

- die Kampagne für die völlige Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und die Freilassung aller Kriegsdienstverweigerer auf dem Balkan (**Initiative für das griechische Sozialforum, Initiative für ökonomische Demokratie – Jugoslawien**);

- die Kampagne gegen Militarismus und NATO sowie die Ausdehnung und Stärkung des sogenannten "Kampfes gegen den Terror" und dessen Auflösung. Für einen Balkan ohne NATO. Europäische Aktionstage bei den NATO-Gipfeltreffen: 20.11.2002 in Prag und 6-7.2.2003 in Manschen (**Balkan Anti-NATO Center, Antikriegskoalition – Deutschland, Pazifisten von Sibiv, Jugendorganisation für Frieden, griechische Friedensbewegung, ...**);

- den Prozess für ein Europa, Palästina und Israel umfassendes Netzwerk voranzubringen. "Besetzung stoppen – Zwei Völker, zwei Staaten – Eintreten für den Frieden", Zivile Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, gegen die Beschränkung internationaler Rechte, Teilnahme am Sozialforum in Palästina (Dezember 2002). (**Action for Peace und viele andere europäische Netzwerke, die an den zivilen Maßnahmen in Palästina beteiligt sind**)

- Organisieren eines europäischen Netzwerks in Solidarität mit dem Volk von Palästina. Unterstützung der Intifada, ein Ende der israelischen Besetzung, gerechter Frieden, die Rückkehr der Flüchtlinge, Räumung der besetzten Gebiete, die Einrichtung eines palästinensischen Staats mit Jerusalem als Hauptstadt. Senden internationaler Delegationen, Boykott israelischer Produkte und ein Abbruch der

Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Israel zur Unterstützung progressiver und sekulärer palästinensischer Kräfte; Freiheit für Gefangene wie Marwan Barghouti und Ahmed Saadat (**Am Palästina-Seminar beim ESF teilnehmende Organisationen**)

- Versammlung der Vereinten Nationen der Völker, 6./12. Oktober 2003 (**Tavola della Pace**)
- Marsch von Perugia nach Assisi für den Frieden, 12. Oktober 2003 (**Tavola della Pace**)
- Aktionen in Solidarität mit dem kurdischen Volk. Für das Recht auf Asyl und die sichere Rückkehr der kurdischen Flüchtlinge (Kampagne Malli Gulù). Keine Mitgliedschaft der Türkei ohne Generalamnestie, das Ende des Ausnahmezustands und die Schaffung von wirklichem Pluralismus, Ende des Dammbaus am Euphrat und Tigris, ungehinderte Rückkehr aller Flüchtlinge und der Wiederaufbau der zu Tausenden zerstörten Dörfern. Unterstützung des Treffens Europa/Mittelmeer Dyarbakir am 21.3.2003 sowie die Bewerbung von Dyarbakir für die Ausrichtung des ESF (**ICS, Azad, Uiki, Attac CT, Ciss-Cepir PA, CISCASE, Comitato Kurdistan di Firenze, Alessandria e Sardegna, Assopace, Naga Mi, Rete No Global Napoli, Dip. To Immigrazione PRC, Giuristi Democratici, S.in.Cobas**).
- große Delegation nach Dyarbakir am 21. März und euromediterranes Treffen für den Frieden in Dyarbakir im September 2003 (**Azad, ICS, Assopace und Andere**);
- die Kampagne zur Unterstützung der sozialen Bewegungen in Kolumbien gegen die systematischen Menschenrechtsverletzungen durch den Staat und die multinationalen Konzerne. Internationales Meinungsforum "Sur de Bolivar" (März 2003), internationaler Boykott von Coca Cola (ab 22 July 2003);

### ***Gegen Rassismus***

- die beim Abschlusstreffen des ESF vereinbarten gemeinsamen Kampagnen gegen Rassismus
- für das Recht auf Wanderung und Bewegungsfreiheit für Menschen
- für langfristige gesetzliche Regelungen für Migranten, die sich in Europa niedergelassen haben
- volle Garantie des Rechts auf Asyl und die Harmonisierung der europäischen Politik auf höchstmöglichem Niveau
- Europäische Zugehörigkeit nach Aufenthalt und nicht abhängig von der Staatsangehörigkeit, mit Wahlrecht bei lokalen und europäischen Wahlen

Es wird ein europäisches Treffen für die weitere Organisation im Februar 2003 organisiert.

(Beim Treffen anwesend: **Tavolo Migranti vom Sozialforum Italien; Globalise Resistance (GB); Collectif de Saint Denis (F); Droits Devant (F); No Border (G); Attac (G); ENAR; Comitato Immigranti (I); SOS Racisme Portugal; Com. To Defend Asylum seekers (GB); Fasti (F); Gisti (F); The Voice; Sans Papiers (F); und Andere**).

- Die Kampagnen der französischen sozialen Bewegungen, die in einem speziellen Seminar beim ESF besprochen wurden:

- für gesetzliche Legitimierung aller Menschen ohne gültigen Pass in Europa
- für eine europäische Zugehörigkeit nach Aufenthalt
- gegen den Entwurf des Projekts der europäischen Regelung der Familienzusammenführung
- Abschaffung der Visumpflicht bei Kurzaufenthalten

(**Ligue des droits de l'homme, Fidh-Ae, Espace Marx, Forum Social de Marseille**)

### ***Gegen Sexismus und Homophobie***

- Organisation des ersten Frauensozialforums als Tag für Debatten und Auseinandersetzungen, das Wochenende vor dem zweiten ESF (**World March of Women**)
- Internationale Konferenz zu Gender/Feminismus mit Schwerpunkt auf Frauen und Globalisierung. 18-21 September 2003 in Österreich (**Frauen bei Attac Österreich in Kooperation mit anderen Attac-Gruppen**);

- Kampagne gegen Frauenhandel und Versklavung von Frauen durch das organisierte Verbrechen (**World March of Women**);

### ***Für Rechte und ein anderes Europa***

#### ***Soziale und Bürgerrechte***

- die Initiative für ein europäisches Netzwerk zum neoliberalen Umbau des Arbeitsmarkts und einen europäischen Aktionstag gegen Jobunsicherheit (**ATTAC Italien. Ac, Collettivi Stud., S.in.Cobas, Giovani Comunisti, Euromarches und Andere**)

- Die Kampagne im Rahmen der Verfassungsgebung der europäischen Union und der Kampf für unsere sozialen Rechte:

- die Forderung, dass die von der Europäischen Union angefertigten Verfassungstexte bei den europäischen Treffen in Thessaloniki (Juni 2003) und Rom (Dezember 2003) verändert und unsere sozialen Rechte garantiert werden, die in der europäischen Charter der Grundrechte fehlen, die beim EU-Gipfel in Nizza verabschiedet wurde
- die Forderung, dass jeder Mann und jede Frau in der Europäischen Union, einem der reichsten Teile der Erde, über ein Existenzminimum verfügen sollte, das je nach Reichtum des jeweiligen Landes mindestens 50 % des Einkommens pro Kopf betragen muss
- Anstoßen einer breiten Diskussion über eine gemeinsame Charter der sozialen Rechte und der Einwohnerschaft

**Die wichtigsten Initiativen:**

- **März 2003, Brüssel:** die erste europäische Versammlung für eine europäische Garantie der sozialen Rechte und der Einwohnerschaft, bei der die Prinzipien und der Prozess für die weitere Ausdehnung festgelegt und dann möglichst umgesetzt werden sollen
  - **März – Dezember 2003:** Kampagne zum « Forderungskatalog » zwischen März 2003, dem Ende europäischen Konvention und Dezember 2003, dem IGC in Rom, um den Menschen am unteren Rand der Einkommenskala die Möglichkeit zu geben, ihre Nöte, Hoffnungen und Ansprüche zu artikulieren
  - **2003:** einen europäischer Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsverhältnisse und Ausschluss
  - **2003 – 2004 hin zur Europawahl:** ein europäischer Marsch der Unterprivilegierten (Arbeitslose, Menschen ohne Pass, Obdachlose, Migranten, Arme, Landlose...).
- (Euromarches, Carta Catalan, AC, Apeis, MNCP, Altri, Habitat, Collettivi Sud, S.in.Cobas, GC, CCFD und viele Andere)**

- die Initiative für ein transeuropäisches Netzwerk der Obdachlosen und Migranten (**Habitat**)
- die Kampagne gegen **Ausbeutung**. Weltweite Mobilisierung am 8. März (internationaler Frauentag)

**Öffentliche Leistungen, allgemeines Eigentum**

- die Erschaffung eines europäischen Netzwerks zum Austausch von Erfahrungen und Analysen, zur Diskussion über Alternativen und zur Vorbereitung wichtiger Mobilisierungen zu den Verhandlungen der WTO oder zur Veröffentlichung der des Grünen Buchs zu öffentlichen Leistungen durch die Europäische Kommission im Frühjahr (**Attac Italien, Attac Frankreich, Attac Schweiz, Attac Österreich, Espace Marx, Collectif Services Publics France, World Development Movement, Globalise Resistance, Funzione Pubblica/CGIL, CUB**);
- die GATS-Kampagne: die Kampagne gegen die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen mit dem März 2003 als nächstem Termin, wenn die Europäische Kommission ihre Vorschläge für die GATSGespräche veröffentlicht. Mobilisierung in allen Ländern am 13.3.2002, Mobilisierung vor dem ‘Kommittee 133’ in Brüssel. Diskussionen über größere Demonstration werden noch geführt (**‘From Seattle to Brussels’ und andere Netzwerke**)

- Widerstand gegen Privatisierungen: Rechte der Bewegung im Netzwerk der lokalen Gruppen (**ATTAC Italien und andere**);

- die Schaffung eines europäischen **Netzwerks für eine andere Gesundheitsversorgung**, nicht nur in Form von Widerstand, sondern auch als Stärkung des Kampfes der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der sozialen Bewegungen, die in diesem Bereich aktiv sind. Treffen in Paris am 15.2.2003 (**Ass. Italiana Esposti Amianto, Attac Deutschland, Attac Italien, Cobas Sanita Italie, Collectif Travail Santé Mondialisation Genève, Coordination Santé Grèce, CUB/RdB Italien, FADSP Spanien, Forum per la difesa della salute Lombardia, IAC Catalunya, Medicina Democratica – Movimento di lotta per la salute, Lica Cedius**);

- Kampagne zur Bewahrung eines freien, offenen und sekulären Erziehungs- bzw. Bildungssystems, das öffentlich finanziert wird. Bildung hat eine zentrale Funktion bei der Unterstützung sozialer Veränderungen, gegen neoliberale Angriffe und Privatisierung. Bildung für Alle, Demokratisierung im Bildungswesen und keine Eingriffe in Bildung durch GATS (**die verschiedenen Seminare zu Bildung im ESF**);

- **Aktionstag** am 13. März gegen die Privatisierung des Bildungssystems und für die Rechte von Schülern und Studenten. Unterstützung willkommen! (**Seminar beim ESF der Schüler und Studenten**)

**Landwirtschaft**

- die Kampagnen für:

- Zurückgewinnung der Souveränität bei Ernährungsfragen: das Recht zur Entscheidung über die Art der Produktion und den Konsum von Nahrungsmitteln. Für eine andere europäische Landwirtschaftspolitik im Interesse der Gesellschaft, Erhaltung des ländlichen Raums;

- gegen genmanipulierte Organismen: für einen Aufschub der Kulturen, keine Toleranz bei vergiftetem Saatgut, keine genmanipulierte Organismen in Lebensmitteln, keine Patente auf Lebewesen

- Gegen Repression, freie Gewerkschaftsorganisation und Freilassung von José Bové;

- (**Coordination Paysanne Européenne (CPE) / Via Campesina – Souveränität in der Ernährung: eine Zukunft ohne Hunger**)

**Ökologie**

- für die Schaffung eines europäischen Netzwerks mit dem Ziel von **Müllvermeidung**. Für einen jährlichen europäischen Aktionstag für saubere Produktion, die Verlängerung des Lebenszyklus von Produkten und gegen Müllverbrennung. Für ein dauerhaftes Netzwerk für Debatten und Maßnahmen zum Thema **Bodennutzung** als Punkt der Annäherung von verschiedenen Problembereichen: Verkehr, schädliche Produktionszyklen, Müll und Wasser. Der ganze Text ist bei [faber.b@libero.it](mailto:faber.b@libero.it) erhältlich.

**Demokratie**

- die European Social Consulta (ESC), eine Organisation für direkte Demokratie, ist in der Gründung und dient der Verbindung von lokalen und globalen Themen. Lokale Debatten und Mobilisierung vieler Menschen ermöglicht die Artikulierung unserer Vorstellung von Europa (**[www.consultaeuropea.org](http://www.consultaeuropea.org)**).

- Kampagne für ein anderes Europa: Organisieren einer öffentlichen Bürgerdebatte für eine Verfassungsgebung mit voller Mitbestimmung. Das Ergebnis wird 2004 dem Parlament unterbreitet, von dem die europäische Verfassung ausgearbeitet werden muss: Koordination von Initiativen, Debatten um Vorschläge, gemeinsame Ressourcen (**alleanza per un mondo responsabile, plurale e solidale, FPH**). [manola@fph.fr](mailto:manola@fph.fr)

- eine Kampagne zur Garantie der allgemeinen Rechte Aller (Frauen, Männer, MigrantInnen,...); zur Entmachtung der Europäischen Konvention, über die Regierungen die Entscheidungen in Bezug auf die Verfassung beeinflussen, für eine demokratische Verfassung und Neutralität des Staates in religiösen Angelegenheiten (**Giuristi democratici, CRED**);

**28-29-30/11/2003, Barcelona: Sozialforum für den Mittelmeerraum:** Förderung eines lebendigen Dialogs zwischen den Völkern und Kulturen dieser Region und Führen einer Debatte zu den Alternativen für die speziellen Probleme der Menschen auf beiden Seiten des Mittelmeers (**über 80 Organisationen aus Spanien, Foros of Basilicata, Palermo, Ambientalista de Italia, Organisationen aus Nordafrika**).

**Wir unterstützen alle die Mobilisierungen gegen das G8-Treffen in Evian (Juni 2003), gegen den Ausverkauf der Welt beim WTO-Gipfel in Cancun und für ein anderes Europa bei den europäischen Gipfeln in Kopenhagen (Dezember 2002), Thessaloniki (Juni 2003) und Rom (Dezember 2003).**

*Europäischen Sozialforums, Florenz*

*Freitag, 8. November 2002 - Raum Cavaniglia*

## Europa und die neue internationale (Un)ordnung

Welche Rolle hat Europa in der internationalen Politik? Wie sieht die zukünftige Weltordnung aus ?

Verfasser des Berichts: Pressestelle des Europäischen Sozialforums, Florenz

Übersetzung: Yvonne Stägemann ;Korrektur: Angelika Gross; coorditrad@attac.org , ehrenamtliche Übersetzer

Der 11. September war eine erneute Gelegenheit für G.W. Bush seine Politik in die Tat umzusetzen. 378 Milliarden Dollar, etwa 4% des Bruttoinlandsprodukts der USA, gehen in den Rüstungshaushalt, so Susan George (Attac Frankreich).

Alex Callinicos, Professor an der York University in Großbritannien schließt sich an: „Dieser Krieg wird der vierte seit Anfang der 90er Jahre sein. Zuerst der Golfkrieg, dann die Bombardierungen im Balkan, Afghanistan und nun im Irak.“

„Das für Europa wichtigste Ereignis ist die Geburt dieser Bewegung, die Möglichkeit, sich einzubringen, Einfluss auszuüben, sich zu informieren und die Möglichkeit zu haben, unsere Ideen bekannt zu machen und zu verbreiten“ bestätigt Rossana Rossanda, Journalistin beim Manifesto. Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung e.V.: „Wie wollen eine zivile Welt, ein ziviles Europa und keine Allianzen für den Krieg. Nein zu weltweiten Supermächten, zu Europa als Weltmacht und zur Weltmacht Deutschland.“

Flavio Lotti vom italienischen Runden Tisch für den Frieden: „Die Bewegung muss ihre Fähigkeit zur Einigung

verstärken, ihr Erfolg hängt davon ab, wie wir handeln, denken und uns untereinander verständigen. Dies hängt von zwei Konzepten ab: dem Frieden und der Abwesenheit von Gewalt.“

„Die NATO ist weder an Menschenrechten noch am Schutz Unterdrückter interessiert, es geht allein um den Schutz des wirtschaftlichen Kapitals und der Machtinteressen“ schlussfolgert Johana Ruzickova aus der Tschechischen Republik.

« Am Tag des Angriffs auf Afghanistan habe ich geweint, da ich dachte, dort gibt es Hunderte von jungen Männern wie meinen Bruder. In diesem Moment habe ich mich in meiner Regierung nicht wiedererkannt, ich fühle mich nicht vertreten.“, fügt Coelin Kelly von der Stiftung für die Opfer des 11. September hinzu.

Es gab sehr viele Wortmeldungen der Teilnehmer in einem Klima, das von der Begeisterung für die Bewegung bestimmt war. Den Kampf fortzuführen wird nötig sein, um die Globalisierungskritiker und die Pazifisten einander anzunähern. Ein Treffen für den nächsten NATO-Gipfel in Prag ist vereinbart.

# Themenkomplex KRIEG UND FRIEDEN

## Konferenz "Gerechtigkeiten und Frieden"

Donnerstag, 7.11.2002, 9.30 - 12.30 Uhr

Verfasser des Berichts: Pressestelle des Europäischen Sozialforums, Florenz

Übersetzung: Hartmut Brühl Korrektur: Angelika Gross ; coorditrad@attac.org , ehrenamtliche Übersetzer

Schwerpunkte: Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Frieden. Konflikte vermeiden. Dem Krieg nicht Gehorsam leisten. Aufbau von Solidarität und internationaler, dezentraler Zusammenarbeit. Redner: Ariel Denis, Antikriegsbewegung im Irak; Lindsay German, "Stop the war"-Koalition, Großbritannien; Lidia Menapace ("Frauen gegen den Krieg", Italien); Hans Abrahamsson (Attac Schweden) Moderation: Tonio Dell'Olio (Pax Christi)

**Toni dell'Olio** fragt: "Wie ist das Verhältnis zwischen Frieden und Gerechtigkeit?"

**Ariel Denis** hält die Illusion, dass mit dem Neoliberalismus Demokratie und Wohlstand einhergehe, für widerlegt. Im Gegenteil: Soziale Unsicherheit ist ein wesentliches Merkmal der neoliberalen Welt, in der jeder gegen jeden kämpft. In Anlehnung an Kofi Annan sagte er: "Ohne Entwicklung kann es keinen Frieden geben. Wir müssen die Ungleichheiten bekämpfen." "Durch die Befreiung der Frauen wird die ganze Gesellschaft freier." "Frieden zu schaffen, ist kein strategisches Problem, sondern ein politisches. Es wurden starke Zivilgesellschaften aufgebaut, doch paradoxerweise gilt heute das Gesetz des Stärkeren. Wollen wir den USA erlauben, über Krieg und Frieden zu entscheiden?" Saddam Hussein zu ent Waffen, sei ein richtiger Schritt, und die Rückkehr der Waffeninspektoren sei dringend notwendig. "Das Konzept des Präventivkrieges schafft einen hochgefährlichen Präzedenzfall." Leiden würde der ganze mittlere Osten. Er erinnerte an die mahnenden Worte des John Cartwrights, so ein Krieg würde viele Terroristen hervorbringen.

"Man muss sich entscheiden: mehr Aufrüstung oder mehr Entwicklung?" Die UNO muss gestärkt werden, und eine Kultur des Friedens muss entstehen. "Wir wissen noch nicht, wie das ist - in einer gewaltfreien Welt zu leben."

**Lindsay German** vergleicht die militärischen Ausgaben Saddam Husseins (1,5 Milliarden Dollar p.a.) mit jenen der USA (396 Mrd. US\$ p.a.) und fragt: "Wer hat nun weltweit die gefährlichsten Waffen? Israel werde von einem Kriegsverbrecher regiert. Was hat z.B. Putin in Russland alles gemacht? Können wir überhaupt beurteilen, wer die wahren Feinde sind? Angenommen, man eliminierte Saddam Hussein - was würde dann folgen? Die britische und die US-Regierung wenden in der Anwendung des Begriffs des Terroristen je nach Belieben verschiedene

Maßstäbe an.

**Maria Styllou** unterstreicht die Wichtigkeit des 21. Oktobers, an dem in Griechenland alle Gewerkschaften auf die Straße gegangen sind, um gegen den Krieg zu protestieren. "Öffnen wir die Grenzen zu Griechenland, und schließen wir unsere Militärstützpunkte dort!" Um Ungerechtigkeiten zukünftig auszuschließen, muss man zusammenkommen und sich besprechen, so wie dieser Tage anlässlich des ESF.

**Lidia Menapace** betont zunächst die Wichtigkeit, "eine Kultur zu schaffen, die gegen den Krieg immun ist". Wir müssen "ein neues politisches Denken finden, das Kriege von vornherein ausschließt". Dieser Prozess hat im Jahr 1991 begonnen (Irak), und sich in zwei Bewegungen manifestiert, die auf Gewaltlosigkeit beruhen: der Gewerkschaftsbewegung und der Frauenrechtsbewegung. Frau Menapace schlägt für Europa militärische Neutralität vor, von den einzelnen Regierungen bis zum Europaparlament. Außerdem befürwortet sie die Abrüstung und im Gegenzug einen weiter verbreiteten und schließlich standardisierten Zivildienst. Das Vetorecht der Großmächte in der UNO muss abgeschafft werden, und der Vorsitz des Sicherheitsrates muss ständig wechseln.

**Hans Abrahamsson** führt dem Publikum die negativen Auswirkungen der Globalisierung vor Augen, eines ungerechten und diskriminierenden Prozesses. Der Globalisierungsprozess ist durch soziale Initiativen aufzuhalten, wie z.B. die des Europäischen Sozialforums und des Weltsozialforums.

An dieser Diskussion nahmen Russen, Kurden, Amerikaner, Deutsche, und Menschen aus vielen anderen Ländern teil. Sie alle haben übereingestimmt, dass es unbedingt notwendig ist, jegliche Art von Krieg zu stoppen bzw. zu unterbinden, sowie jegliche Unterdrückung im Ansatz zu stoppen, um so eine neue Friedenskultur zu schaffen.

## "Jähe Wendungen sind möglich"

Peter Wahl über Attac nach Florenz, die bundesdeutsche Situation und den neuen Antikapitalismus

*Interview der „Sozialistischen Zeitung“ mit Peter Wahl, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland. Das Gespräch für die SoZ 12/2002 führte Christoph Jünke.*

**Die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung wächst und wächst, das haben die Tage von Florenz eindrucksvoll gezeigt. In einem gewissen Widerspruch dazu waren aus Deutschland weniger als 1000 Menschen nach Florenz gekommen. Wie erklärst du dir diese Diskrepanz?**

Solche Mobilisierungen finden nach wie vor wesentlich national statt. Ausländische Delegationen sind bei solchen Treffen vergleichsweise klein. Auch in Barcelona oder Seattle waren es 90 Prozent Inländer, die dort teilgenommen haben. Daran wird sich vermutlich nichts grundsätzliches ändern. Andererseits ist es natürlich richtig, dass die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer überdurchschnittlich schwach vertreten waren. Da spielen einige spezifische Züge der deutschen Situation mit hinein. Zum Beispiel die Position der Bundesregierung zum Irakkrieg. Das nimmt uns schon etwas den Wind aus den Segeln, wie man auch beim bundesweiten Aktionstag der Friedensbewegung sehen konnte.

Andererseits war Attac als sicherlich wichtigstes Mobilisierungspotenzial für solche Veranstaltungen ziemlich ausgelaugt durch den Aktionstag am 14.9. in Köln, der für uns eine große Kraftanstrengung war. Hinzu kam die Belastung durch den Umzug des Büros, so dass der kleine Apparat keine volle Leistung bringen konnte.

Die Situation in Deutschland ist generell im Augenblick für Attac ausgesprochen ambivalent. Durch die sich im Augenblick abzeichnende deflationäre Entwicklung stehen Fragen sozialer Sicherung und Arbeitsmarktfragen im Zentrum der innenpolitischen Entwicklung. Dies sind nicht die originären Themen von Attac, obwohl es natürlich einen Zusammenhang zur neoliberalen Globalisierung gibt. Traditionell sind es aber andere Akteure, die auf diesem Feld eine führende Rolle einnehmen. Das wird ja zur Zeit auch in der Rolle der Gewerkschaften sichtbar, die dabei sind, sich stärker zu mobilisieren und zu artikulieren.

Andererseits stimmt natürlich, dass die krisenhafte Zuspitzung, die sich nun abzeichnet, das Potenzial für Mobilisierungen und neue Bündnisse erweitert.

**Wenn du sagst, dass mobilisierungsmäßig nach dem 14.9. die Luft raus ist, schlägt sich dies auch in der organisatorischen Entwicklung von Attac nieder?**

Der Mitgliederzuwachs hält an. Wir haben vor kurzem die 10000-Mitglieder-Grenze überschritten und haben nach wie vor durchschnittlich 100-150 neue Mitglieder wöchentlich. Das geht konstant weiter.

**Im Zentrum der Diskussionen von Florenz stand der weiterhin drohende Irakkrieg. Man kann das als Ablenkung vom eigentlichen Kampf gegen den**

**Neoliberalismus ansehen. Man kann aber auch aufzeigen, dass die neuen Kriege gleichsam die politisch-militärische Seite der Globalisierung zum Ausdruck bringen. So gesehen ist Florenz ein Zeichen auch für inhaltliche Reife und Wachstum. Attac hatte bisher jedoch Probleme, das Kriegsthema zu einem Schwerpunkt der eigenen Arbeit zu machen.**

Unsere Position dazu beruht im wesentlichen auf zwei Säulen: Zum einen sagen wir, dass es darauf ankommt, die Kriegsfrage mit der Kritik an der krisenträchtigen Entwicklung der Globalisierung zu verknüpfen - genau wie du es eben formuliert hast. Auf Dauer ist diese ungerechte, einen Crash nach dem anderen produzierende Form von Globalisierung ohne Gewalt und Militarisierung der Außenpolitik gar nicht aufrecht zu erhalten. Das bedeutet auch, dass wir mit der einfachen Formel "Kein Krieg in Irak" nicht so glücklich sind. Wir sollten dies, zumindest von Attac aus, in einen breiteren Kontext stellen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil wir uns sonst kaum noch von der Bundesregierung abheben.

Die zweite Säule unserer Haltung zum Krieg: Attac ist Bestandteil der Friedensbewegung, aber wir wollen die Friedensbewegung nicht ersetzen und erst recht wollen wir darin keine führende Rolle anstreben.

**In einem Beitrag zur Auswertung von Florenz hast du selbst geschrieben, dass die alten Dialog- und Lobby-Strategien an ihre Grenzen geraten und es zunehmend darauf ankommt, eine grundlegende gesellschaftliche Alternative zu entwickeln. In einem Radiointerview hast du davon gesprochen, dass wir wieder über den Sozialismus reden müssen. Was verstehst du darunter?**

Ich beobachte, dass im Prozess dieser relativ dynamischen globalisierungskritischen Bewegungen das funktioniert, was wir eigentlich anstreben, dass nämlich politisches Bewusstsein entsteht, dass Lernprozesse entstehen. Das bedeutet, dass die Leute bei der Wahrnehmung, Interpretation und theoretischen Verarbeitung feststellen, dass die Probleme zumeist strukturelle, systemische Ursachen haben. So kommt plötzlich das Thema des kapitalistischen Wirtschaftssystems als solches in den Blick. Das finde ich ausgesprochen positiv. Und insoweit sich dieser Prozess aus dieser Dynamik heraus entwickelt, ohne dass dem von außen eine künstliche Radikalisierung aufoktroiiert wird, dann muss sich diese "natürliche" Radikalisierung des Denkens langfristig auch in Programmen und Konzepten niederschlagen. So werden grundsätzlichere Alternativen auch zum Kapitalismus wieder diskursfähig. Was dann dabei heraus kommt, ist eine andere Frage und hängt ab von der Dynamik der nicht nur nationalen Gesamtentwicklung. Ob dann wieder die Rede von Sozialismus ist, steht auf einem anderen Blatt. Es gibt Begriffe, die sind historisch verbraucht.

**An welche Elemente der sozialistischen Tradition**



**denkst du dabei?**

Ein Begriff scheint mir in der Debatte eine besondere Rolle zu spielen, und zwar der der gesellschaftlichen Kontrolle und des öffentlichen Zugangs zu Ressourcen. Hier spielt nicht nur die Eigentumsfrage rein, sondern auch ein Demokratieaspekt, das Entscheiden über die eigenen Lebensbedingungen. Das geht weit über den auf parlamentarische Demokratie verengten Demokratiebegriff hinaus.

**Welche Gruppen und welche Milieus wären denn in Deutschland Ansprechpartner und Zielgruppen für eine solche Sozialismuskonversation? In den führenden gesellschaftlichen Gruppen, von den Gewerkschaften bis selbst zur PDS wird nicht gerade sehr intensiv über solch grundsätzliche Alternativen diskutiert, bestenfalls über die Verbesserung der bestehenden Gesellschaft. Setzt du auf die sich scheinbar entwickelnde neue Jugendbewegung oder mit wem möchtest du das diskutieren?**

In erster Linie wird es diese Bewegung sein, aus der heraus so etwas entwickelt wird. Es gibt aber auch in anderen Milieus Diskussionen in diese Richtung, an den Rändern der Kirchen bspw. Und was den gewerkschafts- und parteipolitischen Raum angeht, denke ich, dass es die reale Entwicklung sein wird, die diese Fragen wieder auf die Tagesordnung setzt. Beispiel Argentinien: Man findet dort nicht mehr mit konventionellen Reformkonzepten einen Ausweg aus der Krise. Die neoliberalen Methoden machen alles noch schlimmer. Andere Lösungen erscheinen auf den ersten Blick radikal, sind aber die einzigen, die überhaupt noch machbar sind. Im Umgang mit dem Finanzsektor muss es z.B. darum gehen, dessen Schlüsselbereiche unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Sonst kann man bspw. die Kapitalflucht nicht abbremsen.

Auch in der Bundesrepublik können wir in Fahrwasser geraten, wo sich ähnliche Situationen herausbilden. Ich glaube nicht daran, dass die Hartz-Konzepte die Arbeitslosigkeit reduzieren werden. Und manche Gewerkschaften beginnen bereits jetzt, andere Fragen wieder zu stellen. Die Situation ist ambivalent. Es ist möglich, dass in dieser Republik in den nächsten ein bis zwei Jahren Verwerfungen auftreten können, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr kennen.

Allerdings muss man vorsichtig sein, denn solche Prozesse führen nicht automatisch zu einer emanzipatorischen Politik. Im Gegenteil kann sich die Situation dramatisch nach rechts verschlimmern, das ist eine große Gefahr. Attac versteht sich dagegen als eine emanzipatorische Antwort auf die Globalisierungssängste, aber ich habe nicht den Eindruck, dass wir schon so stark sind, dem gefährlichen politischen Potenzial, das dort lauert, wirklich etwas entgegensetzen zu können.

Es könnte sich erweisen, dass wir an einem historischen Scheideweg der bundesdeutschen Geschichte stehen, dass neue Spieler von rechts auftreten, dass sich aber auch auf der Linken neue Spieler profilieren. Oder dass alte Spieler schnelle Wandlungen durchmachen.

Ich weiß nicht, ob gerade Ver.di nicht doch ein interessantes Gegengewicht gegen den neoliberalen Kurs

bilden könnte.

**Gerade Bsirskes Absage der Teilnahme in Florenz zeigt, wie sehr auch er an das politische Establishment gebunden ist.**

Der Grund, warum er nicht gekommen ist, scheint m.E. gerade darin zu liegen, dass er die innenpolitische Auseinandersetzung sehr ernst genommen hat. Ich glaube nicht, dass er einen Rückzieher aus politischen Gründen gemacht hat.

**Er wäre natürlich in eine schwierige Situation gekommen, wenn er vor einem Publikum aufgetreten wäre, das einen gewissen Inhalt erwartet und wenn dieser Inhalt dann in die hiesige Presse transportiert worden wäre.**

Das ist gar nicht so entscheidend, ob er aus diesen oder anderen Gründen weggeblieben ist. Selbst wenn du Recht hast, verweist auch dies darauf, dass etwas so in Bewegung geraten ist, dass es wichtig ist, den Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft "an die Kandare zu nehmen". Das verweist auf Widersprüche, die da am Werk sind. Auch an dem Brüning-Vergleich von Lafontaine ist ja durchaus was dran. Die Empörung in der SPD ist ja deswegen so scharf, weil sie sich getroffen fühlen. Es erscheint mir außerordentlich wichtig, dass wir eine Sensibilität und Offenheit entwickeln für diese schnellen und möglicherweise jähen Wendungen der politischen Situation, in der wir uns befinden. Auch die weltpolitischen Bedingungen sind ja nicht alltäglich, alles andere als "business as usual".

**Bewegung bedarf immer der Organisation. Porto Alegre wäre ohne Gewerkschaftsstrukturen und ohne die Arbeiterpartei nicht denkbar. Florenz wäre ohne die kämpferischen Gewerkschaften und ohne Rifondazione Comunista nicht möglich gewesen. Beides haben wir in dieser Form nicht. Kann Attac Deutschland das ersetzen?**

Unsere Möglichkeiten als Attac sind beschränkt. Unter bundesdeutschen Bedingungen werden bedeutende Veränderungen nur möglich sein, wenn es gelingt, nennenswerte Teile der Gewerkschaftsbewegung ins Boot zu bekommen und bestimmte Ränder von SPD, Grünen und PDS. Das ist zur Zeit außerordentlich schwierig, aber auch hier hoffe ich auf rasche Lernprozesse. Alles andere wäre Subjektivismus.

**Zur Verbreiterung einer Bewegung durch Organisation gehört auch die Frage nach Gegenöffentlichkeit. Die bundesdeutsche Presselandschaft ist nicht nur fest in neoliberaler Hand, sie spielt sogar eine treibende Rolle in der Durchsetzung neoliberaler Gedanken und Programmatiken. Die linke Gegenöffentlichkeit ist dagegen stark fragmentiert und ghettoisiert. Müssen wir nicht auch über eine neue publizistische Form der Gegenöffentlichkeit nachdenken?**

Das Problem, dass wir in einer Mediengesellschaft leben, ist eine völlig neue und fundamentale Herausforderung. Und es gibt bisher keine adäquaten Antworten dazu. Es ist bspw. umstritten, inwieweit man sich mit den Mainstreammedien einlassen kann und wo die Grenzen sind. Mir scheint beim

gegenwärtigen Stand der Dinge, dass wir darauf angewiesen sind, ob es uns passt oder nicht, so etwas wie eine Differenzierung zumindest bei den halbwegs seriösen Mainstreammedien zu erreichen. Ansätze sehe ich bei einigen Printmedien, und manchmal bei der ARD, aber das bleibt ein unberechenbarer Faktor. **Selbst wenn man Einfluss auf diese Medien haben möchte, ist es sinnvoll, eigene Medien zu haben. Attac ist gut im Internet vertreten, aber es gibt keine vergleichbare bundesweite Zeitung, über die ich mich über die für diese Bewegungen notwendigen Positionen und Diskussionen informieren kann.**

Eine solch bundesweite Diskussion ist bisher kein Thema in Attac gewesen, steht uns aber bevor. Wir brauchen eine viel gründlichere Strategiedebatte und eine stärkere Politisierung innerhalb Attacs und im

Verhältnis zu unseren möglichen Bündnispartnern. Es kommt aber in der Politik nicht nur darauf an, das Richtige zu sagen oder vorzuschlagen, das muss auch zum richtigen Zeitpunkt kommen.

**Anfang Januar treffen sich deutsche Florenzteilnehmer, um über die Möglichkeit eines deutschen Sozialforums nachzudenken. Verstehst du diese Diskussionen eher als Ergänzung oder eher als Konkurrenz zu Attac?**

Das ist eine Ergänzung und wir haben deshalb auch beschlossen, uns in diesen Prozess einzubringen. Wir können nur hoffen, dass er möglichst breit und erfolgreich wird.

Erschienen in: **SoZ/Sozialistische Zeitung**, 17.Jg., Nr.12, Dezember 2002.

Webseite <[www.soz-plus.de](http://www.soz-plus.de)>

# Wie die unsichtbare Hand des Marktes zur sichtbaren Faust des Krieges wird.

**Von Jörg Huffschild\***

*Vortrag von beim 9. Friedenspolitischen Ratschlag am 7./8. Dezember 2002 in Kassel.*

***Es handelt sich um ein unkorrigiertes Vortragsmanuskript, das anderweitig nicht veröffentlicht werden darf!***

Es geht im folgenden um den Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Militarisierung. Dieser Zusammenhang ist weder ein zufälliger, noch ein zwangsläufiger: Die aggressive Form der Globalisierung entwickelt sich unter Druck zunehmend in Richtung militärische Aggressivität nach außen und polizeistaatliche Sicherung nach innen. Andererseits kann politischer Druck dazu führen, dass der Krieg verhindert und demokratische Strukturen gesichert und ausgebaut werden. Dies sollen die folgenden fünf Thesen verdeutlichen.

## **1. Globalisierung als ökonomischer und politischer Prozess**

***These: Internationale Expansion ist eine Grundtendenz jeder Gesellschaft, in der sich die Produktionsmittel überwiegend in privatem Eigentum befinden, die Koordination der Produktion über den Markt und die Konkurrenz erfolgt und die Triebkraft für die Entscheidungen über den Umfang und die Art der Produktion von Gütern und Dienstleistungen der private Gewinn ist. Gleichzeitig ist Internationalisierung immer in einen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang eingebettet, der durch andere Interessen und ein Mehr oder Weniger an Demokratie gekennzeichnet ist und die ökonomische Grundtendenz stützt, verstärkt oder abschwächt und seine Form bestimmt.***

Im Einzelnen:

Die ökonomische Grundthese klingt sehr dinosaurierhaft und dogmatisch, ist aber dennoch wahr und sollte nicht aus den Augen verloren werden.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft müssen sich die Unternehmen auf dem Markt gegen andere Unternehmen behaupten. Das tun sie durch Entwicklung der Produktivität der menschlichen Arbeit, d.h. durch die Entwicklung der Möglichkeiten, mit dem gleichen oder geringerem Arbeitseinsatz mehr und billigere Produkte zu verkaufen. Gleichzeitig bewirken die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, dass die Löhne nicht in gleicher Weise steigen wie die Produktivität. Das führt immer wieder zu der Situation, dass die zunehmende Menge von Gütern nicht verkauft werden kann, und dass deshalb auch keine neue Investitionen

zustande kommen. Das Resultat sind konjunkturelle Rezessionen und - da diese nie vollständig bereinigt werden - der Aufbau langfristiger Entwicklungshemmnisse. Ein wichtiger Ausweg aus diesen Krise- und Blockadetendenzen ist - neben verschärfter Rationalisierung und Konzentration und Zentralisation - die internationale Expansion. Ihr Kern liegt darin, den Teil der Produktion, der im Inland wegen fehlender Nachfrage nicht absetzbar ist, im Ausland zu verkaufen. Gleichzeitig schafft diese Expansion die Möglichkeit, im Ausland die Rohstoffe zu beschaffen, die zur Ausdehnung und Differenzierung der eigenen - energie- und rohstoffintensiven - Produktion benötigt werden. Schließlich besteht eine weitere Perspektive darin, die Gewinne, die im Inland nicht rentabel angelegt werden können, im Ausland zu investieren.

Die internationale Expansion ist also nicht das Resultat irgendeines Drangs nach internationaler Arbeitsteilung zum Nutzen aller Beteiligten. Sie ist das Resultat und die zeitweise Lösung der Widersprüche und Probleme, die mit dem Funktionsmechanismus einer kapitalistischen Marktwirtschaft verbunden sind. Dies ist eine ökonomische Grundtendenz. Es gibt aber keine Ökonomie ohne Politik, und in die Politik gehen neben den ökonomischen Interessen und Triebkräfte auch andere gesellschaftliche Kräfte und Interessen ein. Die tatsächliche Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften hängt davon ab, erstens in welchem Umfang und zweitens in welcher Form sich die Interessen der Privateigentümer in der Gesellschaft durchsetzen. Beides hängt seinerseits wieder von der Stärke und Orientierung anderer gesellschaftlicher Kräfte, insbesondere der Arbeiterbewegung, aber auch der Frauenbewegung, der Umweltbewegung, der Bauern, Intellektuellen etc. ab. Letztlich hängt der Umfang und die Art der Durchsetzung kapitalistischer Interessen davon ab, wieweit die parlamentarische Demokratie entwickelt ist, welchen Einfluss die außerparlamentarische demokratische Bewegungen haben und wie die internationalen Beziehungen zwischen den Ländern gestaltet sind. Hier hat es bekanntlich in den letzten 20 Jahren dramatische Veränderungen gegeben..

## **2. Was ist das Neoliberale an der Globalisierung heute?**

***These: Gegenwärtig stehen wir am Ende einer Phase vorwiegend mit ökonomischen und nichtmilitärischen Mitteln durchgeführter konkurrenz- und finanzmarktgetriebener Internationalisierung. Sie hatte ihrerseits eine vornehmlich durch Reformpolitik und - durchaus widersprüchliche und nicht ganz freiwillige - internationale Kooperation getragene Globalisierung der westlichen Welt abgelöst und einen Prozess der Gegenreform auf nationaler und internationaler Ebene vorangetrieben. Die Probleme und Schwierigkeiten dieser finanzmarktgetriebenen Globalisierung haben dazu geführt, dass jetzt die offen gewaltsamen Formen der Entwicklung wieder mehr in den Vordergrund drängen und - sofern dem nicht entschiedener Widerstand und ein alternatives Entwicklungskonzept entgegengesetzt werden - die ökonomische und soziale Aggressivität zunehmend durch militärische Aggressivität nach außen und polizeistaatliche Aggressivität nach innen ergänzt und überlagert wird.***

Im Einzelnen geht es um drei Abschnitte der Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg:

Die erste Phase, die oft schematisch und nicht ganz zutreffend das goldene Zeitalter genannt wird, war durch ein für die fortschrittlichen Kräfte günstiges internationales und gesellschaftliches Kräfteverhältnis bestimmt (Sowjetunion, Arbeiterbewegung, Erfahrungen von Krieg und Krise). Die führte zu positiven Entwicklungen:

- ı Dekolonisierung und Aufbruch der Entwicklungsländer: Neue internationale Weltwirtschaftsordnung wurde allgemein akzeptiert
  - ı Vollbeschäftigungspolitik und soziale Reformen in den kapitalistischen Ländern
  - ı internationale Kooperation unter Führung der (nicht uneigennützig handelnden) USA.
- Dabei handelte es sich nicht um eine harmonische und konfliktlose Weltordnung. Sie war weltpolitisch durch den Kalten Krieg, den großen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes in den USA und die atomare Hochrüstung, innenpolitisch in den kapitalistischen

Ländern durch militanten Antikommunismus und in den sozialistische Ländern durch zunehmende Entdemokratisierung gekennzeichnet. Und auch die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte wurden nicht am runden Tisch verabredet sondern in harten Auseinandersetzungen erkämpft. Aber sie wurden durchgesetzt . Seit Beginn der 70er Jahre kam es jedoch zu wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten, auf die eine umfassende Antwort erforderlich wurde. Damals stand die *historische Alternative*: Weiterführung oder schrittweise Rücknahme der Reformen, also Gegenreform. Diese Frage wurde auf Grund des mittlerweile ungünstiger gewordenen Kräfteverhältnisses zugunsten der *neoliberalen Gegenreform* entschieden. Sie setzte Mitte der 70er Jahre ein und beschleunigte sich ab Ende der 80er Jahre durch den Zusammenbruch der sozialistischen Länder noch einmal sehr deutlich. Die Entwicklungsländer wurden dem Washington Konsens unterworfen und auf die Interessen der Industrieländer untergeordnet. In den entwickelten Ländern bedeutete die neoliberale Gegenreform einen frontalen Angriff auf die Errungenschaften der 50er und 60er Jahre: massiver Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Leistungen, Umverteilung zugunsten den Profite. Dabei waren die Liberalisierung der Finanzmärkte und die damit verbundene Destabilisierung und Disziplinierung sehr hilfreich für das Kapital: Das Ergebnis dieser Gegenreform war eine enorme Polarisierung zwischen dem Norden und dem Süden, und im Süden und im Norden. Abstand Pro-Kopf-Einkommen oberes-unteres Fünftel der Länder war 1:30 im Jahre 1960 und wuchs auf 1: 78 in 1998.Arbeitslosigkeit und Armut stiegen auch in den kapitalistischen Kernländern. Krisen, von denen die USA profitierten.

Dem Kapital brachte diese Gegenreform zunächst große Vorteile. Die gewinne boomten, und als sie in der Produktion nicht mehr stiegen, wurden sie eine Zeitlang noch in der Spekulation erzielt.

Aber dieser Boom hielt nicht ewig an, und Ende der 90er Jahre kamen die Probleme wieder deutlich zum Vorschein: Die Entwicklungsländer stecken in einer tiefen Krise und geben immer weniger her. Die Verteilungsverhältnisse blockieren das Wachstum und die Beschäftigung in den Zentren. Die Spekulationsblase ist geplatzt und in eine tiefe Börsenkrise übergegangen. Der Widerstand internationalisiert sich. Seattle usw. Was nun ? Von besonderer Bedeutung ist gegenwärtig die Position der USA. Sie stehen einerseits ökonomisch sehr gut da, andererseits ist diese gute Position äußerst verwundbar: Die USA haben ein Leistungsbilanzdefizit, das Jahr für Jahr wächst und durch Verschuldung finanziert wird. Diese Position ist nur solange haltbar, wie es den USA gelingt, die Position des Dollars als unbestrittene Weltwährung Nr. 1 aufrechtzuerhalten. Da dies ökonomisch nicht möglich ist, muss es mit politischen und militärischen Mitteln erfolgen. Dies ist der wichtigste Hintergrund für die zunehmend offene Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik. Sie Sand im Getriebe 13 ---- Dezember200 2

zielt gleichzeitig darauf ab, durch die Sicherung des Zugriffs auf den größten Teil der Ölreserven in der Welt die eigene energieintensive produktions- und Lebensweise zu stabilisieren und gleichzeitig die Konkurrenz in Schach zu halten.

Hier stellt sich jetzt erneut die Frage der *historischen Alternative*: *Wird die Gegenreform zur zunehmenden Militarisierung übergehen, oder kann sie gestoppt und durch eine Politik der Demokratisierung und des Ausgleichs abgelöst werden?*

Die Haupttendenz geht erneut - wie in den 70er Jahren - in die falsche Richtung. Die reaktionär-aggressive Tendenz des Neoliberalismus tritt immer offensichtlicher zutage und an die Stelle der scheinbar gewaltlosen Marktstrukturen und -prozesse. Die Kriege in den 90er Jahren und der bevorstehende Irak-Krieg sind deutlicher Ausdruck dafür.

### **3. Progressive Alternativen zur neoliberalen Globalisierung**

***These: Alle Alternativen beginnen mit dem Widerstand gegenüber der neoliberalen und zunehmend aggressiven und offen gewaltsamen Globalisierung. Die allgemeinen Visionen , die in diesem Widerstand zum Ausdruck kommen, sind zunächst einmal das Gegenteil der konkreten Wirklichkeit, und die Herausforderung besteht darin, durch***

### **lang anhaltende konkrete Veränderungen die zu schlagen.**

### **Brücke vom Widerstand zu den Visionen**

Im Einzelnen zu den drei Ebenen der Alternativen

#### *Alternativen 1: Widerstand*

Der Widerstand ist in gewissem Masse immer da. Mit der deutlicheren Herausbildung der neoliberalen Polarisierung ist er intensiver geworden, obgleich das Kräfteverhältnis sich insgesamt deutlich nach rechts verschoben hat.

Der Widerstand ist heterogen und entwickelt sich in verschiedenen Teilen der Welt:

┆ Es ist der *Widerstand der Zapatistas* gegen Landraub, Zerstörung ihrer kulturellen Eigenständigkeit und Eingliederung in den neoliberalen Weltmarktzusammenhang.

┆ Es sind die *großen Demonstrationen von Seattle, Genua, und Washington* am Rande von Gipfeltreffen der G7/8 Regierungen und der internationalen Institutionen des Nordens, bei denen gegen die menschenfeindliche Politik dieser Regierungen protestiert wird, und die zum optischen Beleg dafür werden, dass die ökonomischen und politischen Eliten des Kapitalismus sich von den Menschen durch hohe Barrieren und unter massivem Polizeischutz treffen können

┆ Es ist die *Gegenwehr der von Sozialabbau betroffenen Menschen in Europa*. Allein in diesem Jahr hat es drei gewerkschaftlich organisierte Generalstreiks gegeben, in Spanien und Italien gegen die Demontage des Arbeits- und des Kündigungsschutzes und in Griechenland gegen die Privatisierung des Rentensystems und seine Auslieferung an die Risiken der Finanzmärkte.

┆ Es ist der beginnende Widerstand *auch in den USA gegen die Kriegspolitik* der amerikanischen Regierung, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus die Konsolidierung und Festigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in der Welt betreibt.

#### *Alternativen 2: Visionen*

Die Visionen, die in diesen Bewegungen hervorgebracht werden, sind oft zunächst einfach die Negation dessen, was gerade erfahren wird:

┆ Friede, Versöhnung und ziviles Zusammenleben statt militärischer Intervention

┆ Demokratie, Partizipation und Öffentlichkeit statt Ohnmacht, Hilflosigkeit, Intransparenz und Unterwerfung

┆ Gerechtigkeit statt Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Polarisierung

┆ Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Wohlstand und Solidarität statt individueller Konkurrenz, unendliche Standortkonkurrenz und des Wettrennens um internationale Wettbewerbsfähigkeit.

┆ Gesunde Luft und Lebensmittel für uns und unsere Kinder statt Vergiftung und ökologischer Zerstörung.

#### *Alternativen 3: Schritte zur Umsetzung (Alternativen im engeren Sinne)*

Dabei kann es nicht darum gehen, einen kompletten Plan am grünen Tisch zu entwerfen und dann nur noch sozusagen Schritt für Schritt umzusetzen. Es reicht aber m.E. auch nicht aus, wie das in jüngster Zeit gelegentlich in der Globalisierungskritischen Bewegung propagiert wird, auf die Ausarbeitung konkreter Alternativen mit der Begründung zu verzichten, dass diese sich erst in der Bewegung herstellen. Sicher ist es wichtig, in den sozialen Bewegungen immer wieder neue Forderungen zu entwickeln und bei Bedarf zu verändern, aber es macht keinen Sinn, auf die Vorstellung plausibler und vernünftiger Alternativen zu verzichten, solange sie nicht Forderungen der Bewegung sind. Wenn die Menschen mit uns gegen die Krieg sind, wollen sie aber doch wissen, wie wir die internationalen Beziehungen friedlich regeln und wie wir dem internationalen Terrorismus begegnen wollen. Wenn wir gegen die Auslieferung der sozialen Sicherungssysteme an die großen Finanzkonzerne protestieren und mobilisieren, wollen die Leute, die das auch so sehen, aber doch wissen, wie wir uns die Sicherung der Renten angesichts einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft vorstellen. Die Entwicklung solcher Alternativen ist notwendig um

Glaubwürdigkeit zu gewinnen und um die gesellschaftlichen Bewegungen selbst voranzubringen. Denn wer nicht nur sieht, dass die Dinge sich schlecht entwickeln sondern auch versteht, warum das so ist und dass es Alternativen hierzu gibt und wie diese aussehen könnten, wird auch bereit sein, sich hierfür längerfristig zu engagieren.

#### **4. Demokratische Wirtschaftspolitik als Kern der Alternativen zu neoliberaler Globalisierung**

*These: Der Kern einer mittelfristig angelegten Alternative zum Neoliberalismus ist eine demokratische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Zentren. Sie muss zum einen den Ländern der Dritten Welt helfen, eine eigenständige Entwicklung in Gang zu setzen. Zum anderen muss sie durch eine auf Stärkung der Binnenmärkte angelegte Politik den internationalen Expansionsdruck mildern und beseitigen. Die wesentlichen Hebel hierzu sind Umverteilung von oben nach unten und eine beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik. Beides kann kurzfristig durch öffentliche Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzungen und eine den öffentlichen Sektor stützende Steuerpolitik angegangen werden, erfordert mittelfristig aber weitergehende institutionelle Veränderungen in Richtung auf mehr Demokratie auch in der Wirtschaft.*

Im Einzelnen:

Die Strategie zielt nicht darauf ab, internationalen Handel, internationalen Kapitalverkehr und internationale Investitionsströme zu verhindern.

Sie zielt aber darauf ab, zu verhindern, dass die Internationalisierung als Lösung für Probleme der großen Konzerne in den Zentren und auf Kosten der Entwicklungsländer und durch rücksichtslose Zerstörung der Natur betrieben wird. Internationaler Handel, Investitionen und anderer Kapitalverkehr müssen vielmehr so betrieben werden, dass beide Seiten davon Nutzen haben und die Natur intakt bleibt. Dies ist durch eine bloße Öffnung der Märkte ebenso wenig möglich wie durch politische und militärische Unterwerfung.

Hinsichtlich des weltwirtschaftlichen Ausgleichs erfordert eine solche Strategie zum einen die Unterstützung für eine selbständige Entwicklung der Länder der dritten Welt und zum anderen eine Veränderung der Weichenstellungen für die Entwicklung in den Zentren selbst. Die *Entwicklung der Länder der Dritten Welt* ist nach Jahrhunderten Kolonialismus und nachkolonialer Ausbeutung nicht nur eine Angelegenheit dieser Länder selbst, weil sie ohne Unterstützung vielfach auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein werden, ihre schweren wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu überwinden. Die Zentren stehen hier zumindest in vierfacher Hinsicht in der Pflicht:

1 Von der finanziellen Seite sollten die - ohnehin zum überwiegenden Teil nicht eintreibbaren - Schulden für die meisten Länder gestrichen werden. Die öffentliche Entwicklungshilfe sollte auf mindestens die lange versprochene Höhe von 0,7% des BIP der Industrieländer angehoben werden (gegenwärtig liegt sie bei weniger als der Hälfte dieses Satzes) und um die Einnahmen aus einer Steuer auf Devisenumsätze (der berühmten Tobinsteuer) ergänzt werden.

2 zweitens sollten die Industrieländer endlich ihre Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer im Rahmen einer weiter zu entwickelnden internationalen Arbeitsteilung öffnen, wofür freilich auch eine gezielte strukturpolitische Anpassungs- und Umstellungspolitik in den Industrieländern erforderlich ist.

3 drittens sollten die Länder der dritten Welt die Möglichkeit erhalten, sich in regionalen Bündnissen zu entwickeln und diese Regionen gegen alle Arten von Freihandelsregeln und spekulative Attacken zu schützen. Die entsprechenden Möglichkeiten der WTO sollten in vollem Umfang genutzt werden.

4 viertens schließlich sollten die großen internationalen Institutionen hinsichtlich des Stimmrechtes und der Aufgabenbestimmung so reformiert werden, dass erstens der Einfluss der Entwicklungsländer sehr viel größer wird und zweitens die eigenständige Entwicklung Vorrang vor der Bedienung der Schulden erhält.

Letztlich entscheidend für die Frage, welche Richtung die Entwicklung in der Welt nehmen wird, ist die *ökonomische Strategie in den Zentren und für die Zentren*. Technisch gesprochen handelt es sich darum, die aggressive weltmarktorientierte durch eine binnenmarktorientierte Strategie abzulösen, und den Druck zur internationalen Expansion um jeden Preis abgebaut wird und einer regulierten internationalen Arbeitsteilung weicht. Dabei handelt es sich nicht um ein technisches sondern um ein eminent politisches Problem, in dessen Zentrum die *Umverteilung von Einkommen und die Demokratisierung wirtschaftlicher Steuerung und Entscheidung stehen*.

Noch einmal technisch gesprochen: es geht darum, die Entstehung und die anschließende aggressive Verwendung der ökonomischen Überschüsse zu verhindern, die von den Unternehmen zwar als Gewinn angeeignet, aber dann wegen unzureichender Nachfrage nicht mehr als produktive, beschäftigungswirksame und wohlstandssteigernde Investition verausgabt werden und deshalb als zwanghafter Export oder Spekulationskapital auf ausländische Güter und Finanzmärkte gelenkt werden. Weniger technisch gesprochen: Es handelt sich darum, die enorme Umverteilung, die im letzten Vierteljahrhundert zu Lasten der Löhne und Gehälter und zugunsten der Gewinne stattgefunden hat, zu korrigieren. Diese Umverteilung ist die Ursache der Wachstumsschwäche, der hohen Arbeitslosigkeit und der Explosion der Finanzmärkte in den letzten 25 Jahren. Es geht darum, die Verteilungsverhältnisse soweit zu korrigieren, dass Gewinne wieder dazu verwendet werden, wozu sie nach der ökonomischen Theorie da sein sollten, nämlich Investitionen zu finanzieren und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Dabei sollten die Finanzmärkte wieder auf ihre ursprüngliche Funktion der Finanzierung von Investitionen zurückgeführt werden.

Eine solche Korrektur kann über höhere Lohnsteigerungen oder über höhere Gewinn- und Vermögenssteuern erfolgen. Beides ist sinnvoll und nützlich weil es die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ankurbelt: höher Löhne führen zu höherem Konsum und höhere Gewinn- und Vermögenssteuern erlauben den Staaten höhere Ausgaben, die allerdings nicht automatisch zum Nutzen der Menschen verwendet werden. Daher ist es wichtig, dass Umverteilung durch mehr demokratische Einflussnahme auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzt wird - zugunsten der öffentlichen Infrastruktur, von Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit und den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft und - und nicht für mehr Rüstung und Konzernsubventionen. Eine wirtschaftspolitische Neuorientierung in diesem Sinne würde erstmals den Druck zu internationaler Expansion mildern und eine faire internationale Arbeitsteilung ermöglichen.

Einen derartigen Kurswechsel in der Politik vollziehen Regierungen nicht aus freien Stücken, sondern nur unter massivem politischen Druck der sozialen Bewegungen. Wie sehen die Chancen hierfür in Europa aus.

## **5. Die Perspektiven in Europa**

***These: Die EU ist dabei, das ökonomische und gesellschaftliche Modell der USA zu übernehmen und sich gleichzeitig als ökonomischer, politischer und langfristig auch militärischer Konkurrent der USA aufzubauen. Einem schnellen Erfolg dieser Strategie stehen jedoch einerseits die historischen - und immer noch zu einem Teil erhaltenen - sozialen Strukturen und Errungenschaften des europäischen Sozialmodells und zu nehmender Widerstand gegen die militarisierte Fortsetzung der neoliberalen Globalisierung entgegen. Beides verbessert die Chancen, dass in Europa unter dem Druck sozialer Bewegungen ein soziales und politisches Alternativmodell zu den USA herausgebildet werden kann, das dann wieder Ausstrahlungskraft und Attraktivität für andere Teile der Welt entwickeln kann.***

Im Einzelnen:

Natürlich liegt die von mir skizzierte Alternative zur neoliberalen Globalisierung nicht im Trend der Zeit. Das ist offensichtlich für die USA, deren Regierung auf die offene militärischen Gewalt nach außen zur Konsolidierung ihrer Vormacht und auf zunehmend autoritäre

Disziplinierung nach innen setzt, wie das dem klassischen Muster einer imperialistischen Macht entspricht, die unter Druck geraten ist. Aber auch Europa bewegt sich nicht in eine vernünftige Richtung. Die Europäische Union verhält sich bislang vielmehr überwiegend als *Juniorpartner der USA*, versucht allerdings dabei gleichzeitig ihre Position als *Konkurrent der USA* aufzubauen und zu stärken. Ersteres schlägt sich in einer unkritischen "Modernisierung" der europäischen Sozialversicherungssysteme in Richtung auf Privatisierung und Auslieferung an die Finanzmärkte bei gleichzeitigem Aufbau eines großen europäischen Finanzmarktes nach amerikanischem Muster sowie in den zahlreichen Versuchen zur Deregulierung der Arbeitsmärkte nieder. Die Konkurrenzoption kommt in den seit Jahren unternommenen Versuchen zum Ausdruck, eine eigenständige europäische Großmacht- und Militärposition mit eigenen Streitkräften aufzubauen, deren Einsatz weder an ein Mandat der UNO noch an eins der NATO gebunden wäre.

Von Europa als einer *Alternative zum amerikanischen aggressiven Entwicklungsmodell* ist zwar gelegentlich in offiziellen Erklärungen die Rede, in der Praxis europäischer Politik ist davon aber kaum etwas zu sehen. Auf der anderen Seite nehmen gerade in Europa die Kritik an und der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung zu. Das *europäische Sozialforum* in Florenz vor einem Monat hat gezeigt, dass der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der USA und der Widerstand gegen die Privatisierung und Auslieferung der sozialen Sicherheit an die Finanzmärkte sowie gegen den Abbau demokratischer Schutz- und Beteiligungsrechte zusammengehen. Diesen Kampf zu unterstützen, weiterzuführen und Konzeptionen für eine andere Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auszuarbeiten, öffentlich zu diskutieren und zu propagieren, halte ich für die mittelfristig vordringliche Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in Deutschland und Europa.

Die unmittelbar vordringliche Herausforderung ist allerdings die Verhinderung des drohenden Kriegs, der, wenn er geführt würde, ein weiterer gefährlicher Schritt auf dem Weg zu einer nur durch militärische Stärke und Unterwerfung strukturierten Welt wäre.

Die Tatsache, dass die rot-grüne Koalition in Deutschland die Wahl im September wegen der damals relativ eindeutigen Ablehnung einer deutschen Beteiligung an dem amerikanischen Krieg gewonnen hat, ist ermutigend. Nicht in dem Sinne, dass wir darauf vertrauen können, dass die Bundesregierung entschlossen ist, diese Position beizubehalten und sich entsprechend ablehnend zu verhalten. In dieser Hinsicht sind die Rückzieher und Aufweichungen empörend unübersehbar. Aber es ist doch ermutigend in dem Sinne, dass es eine Grundstimmung in Deutschland gibt, die den Krieg als Mittel der Politik ablehnt. Auf diese Grundstimmung können und sollen wir aufbauen. Dabei werden unsere Chancen auf einen nachhaltigen Erfolg umso mehr wachsen je deutlicher wir machen können, dass die Politik des Sozialabbaus und der Militarisierung etwas miteinander zu tun haben, und dass deshalb auch der Widerstand gegen die Militarisierung und gegen den Sozialabbau, oder der Kampf gegen den Krieg und für die Einführung der Vermögensteuer zusammengehören.

*\* Prof. Dr. Jörg Huffs Schmid ist Hochschullehrer an der Bremer Universität und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Außerdem gehört er seit vielen Jahren der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik an. Beim 6. Friedensratschlag (1999) referierte Huffs Schmid zum Thema "Rüstung, Ökonomie, soziale Frage und Bewegung" (erschieden in: R.-M. Luedtke/P. Strutynski, Nach dem Jahrhundert der Kriege. Alternativen der Friedensbewegung, Kassel 2000, S. 233-241)*

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2002/huffs Schmid.html> (8 of 9) [13.12.02 00:34:41]



# Regimewechsel beginnt zuhause

Von Felix Kolb

Übersetzung: Ulrike Neundorf Korrektur: Raphaëlle Vaginay; coorditrad@attac.org, ehrenamtliche Übersetzer

Am Samstag, 26. Oktober, erlebten die Vereinigten Staaten ihre größte Friedensdemonstration seit dem Vietnamkrieg: Mehr als 150.000 Menschen versammelten sich in Washington DC, 45.000 in San Francisco und Zehntausende mehr in anderen amerikanischen Städten. Das ist mehr als bemerkenswert aus einer Reihe von Gründen heraus:

Erstens kamen dieses Mal die Proteste **frühzeitig**. Im Golfkrieg kam die Friedensbewegung erst in Fahrt, nachdem die Kampfflugzeuge begannen, Bomben auf Bagdad zu werfen. Diese Proteste fanden statt, bevor die US-Regierung erfolgreich den Blankoscheck des UN – Sicherheitsrates für eine Aggression erhalten hatte. Zweitens hat die Friedensbewegung einen **Medienboykott überwunden**. Bis heute gibt es keine ernstzunehmende öffentliche Debatte über die Pros und Kons eines Angriffs auf den Irak. Die Medienkonzerne berichten zu wenig über die kritischen Stimmen an Bushs Kriegsgeschrei, sogar obwohl diese Stimmen nicht nur die „üblichen Verdächtigen“, sondern ebenfalls ehemalige US-Generäle und die CIA einschließen.

Drittens, obwohl mehr als ein Jahr seit dem 11. September vergangen ist, wird es immer noch von einem bedeutenden Teil der amerikanischen Bevölkerung als unpatriotisch oder sogar antiamerikanisch angesehen, sich gegen den Krieg auszusprechen. In Europa ist es relativ risikofrei, öffentlich gegen den Krieg zu sein, aber in den USA erfordert ein **offener Dissens beträchtlichen Mut**. In diesem Licht sollten die hohen Teilnehmerzahlen im Oktober als Hoffungszeichen dafür gelesen werden, dass die amerikanische Linke endlich ihre Paralyse überwunden hat, die sie nach dem 11. September eingefangen hatte. Ich weiß, dass man dem erwidern kann, dass die Midterm – Wahlen bereits diese Hoffnung zerstört haben. Obwohl ich selbst frustriert bin, bin ich überzeugt, dass diese Schlussfolgerung falsch ist. Mehr noch, sie ist auch sehr gefährlich, weil sie sich leicht in „Self-Fulfilling Prophecy“ verwandeln kann. Ich werde später in diesem Artikel zu den Midterm Wahlen zurückkommen.

Als George W. Bush nach dem Wahldebakel in Florida 2000 vom obersten Gerichtshof zum Präsidenten gewählt wurde, begannen die Europäer – wie auch ich selbst – mit wachsendem Misstrauen und Befremden auf die USA zu schauen. Der Hauptgrund für diese Betroffenheit ist der extreme amerikanische unilateralistische Schwenk. Die Absage an das Kyoto-Protokoll, die Zurücknahme des Vertrages über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen und die Absage an den Internationalen Gerichtshof, um nur wenige Beispiele zu nennen, bestürzen europäische Politiker wie die Bevölkerung. Im Mai 2002 veröffentlichte das deutsche Wochenmagazin „Der Spiegel“ aufschlussreiche Untersuchungsdaten über deutsche Gefühle gegenüber Amerika: 76% aller Deutschen, verglichen mit 68% in 1993, glauben, dass die USA sich zu sehr in die nationalen Angelegenheiten

anderer Länder einmischt; 50%, verglichen mit 37% in 1993 glauben nicht, dass die USA ein Garant für Frieden und Sicherheit in der Weltpolitik sind. Und schließlich glauben 65% im Vergleich zu 58% in 1993, dass eine US-Intervention in Konfliktgebieten lediglich aus Eigeninteresse erfolgt. Diese Daten erklären einfach die Bereitschaft Kanzler Gerhard **Schröders**, sich so offen und **tapfer** den US – Plänen für einen Irakkrieg entgegenzustellen. Es ist nicht ohne Ironie, dass Bush und die Falken im Weißen Haus direkt für den Sieg seiner rot-grünen Koalitionsregierung verantwortlich sind. So sehr ich mit dem starken europäischen Gefühl gegen den amerikanischen Imperialismus des 21. Jahrhunderts übereinstimme, ist es gegenüber Teilen der amerikanischen Bevölkerung unfair. Europäer übersehen gern, dass die USA nicht nur von Menschen bevölkert sind, die mit Gewehren, Gewalt, Todesstrafe und McDonalds verheiratet sind; Menschen, die alles glücklich schlucken, was sie auch immer von George W. Bush, Dick Cheney oder Donald Rumsfeld bei den lauschigen täglichen Unterhaltungen, die als Pressekonferenzen gelten sollen, vorgesetzt bekommen, wie der Guardian richtig beobachtete (2). Die jüngsten Friedensdemonstrationen waren ebenfalls ein machtvoller Beweis für die **Existenz der anderen Seite Amerikas**. Die Schilder, die von den Protestierenden getragen wurden, demonstrierten die Vielfalt von Gründen, aus denen Amerikaner gegen den Krieg auftreten: „KRIEG WIRD UNS NICHT SICHERER MACHEN“, „KEIN BLUT FÜR ÖL“, „U.S. EMPIRE: NICHT MEIN AMERIKANISCHER TRAUM“, „SEHT ENDLICH DIE IRAKISCHEN KINDER“, „FRIEDEN IST PATRIOTISCH“, „KRIEG BRÜTET TERROR AUS“ und „REGIMEWECHEL BEGINNT ZUHAUSE – GEHT ZUR WAHL“. Dieser letzte – mein Lieblingslogan – veranlasste mich, viel über Regimeveränderungen nachzudenken – die, die Amerika braucht wie über die, die Europa so dringend benötigt.

Es folgt eine Analyse der Mid-Term-Elections, die ebenso wie die Fußnoten im Originaltext (sand in the wheels 153 ([www.attac.info](http://www.attac.info)) nachzulesen ist)

## Die UN-Resolution

Die Friedensbewegung sollte sich an die bereits existierende Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit anknüpfen: Eine überwältigende Mehrheit aller Amerikaner ist gegen einen unilateralen Krieg gegen den Irak. Deshalb benötigte die Bush Administration die UN – Resolution so dringend, die sie schließlich am 8. November, nur drei Tage nach den Midterm Wahlen, in einem einstimmigen Beschluss erhielt. Und trotz der Tatsache, dass sie wieder und wieder bekannt gab, den

Irak, wenn nötig, auch ohne UNO – Unterstützung anzugreifen, hatte sie die UN und die Mitgliederstaaten des Sicherheitsrates monatelang bestochen und bedroht, um diese Resolution zu erhalten. Obwohl es **auch Gründe gibt, über die Resolution bestürzt zu sein**, sollten wir ihre Erfordernis als eine Hauptschwäche der Falken betrachten und deshalb als **frühen Erfolg der Bewegung**. Warum war die Unterstützung für die Resolution schließlich so überwältigend, obwohl viele Staaten monatelang dagegen opponiert hatten?

Die naive Interpretation begreift den Resolutionstext als einen echten Kompromiss, in dem Frankreich, Russland und China erfolgreich den Begriff „Automatik“ verhinderten – ein anderes außergewöhnliches Beispiel von Schlagwort. Der Ausdruck „Automatik“ bezieht sich auf einen sehr vagen Typ von Vertragstext, der es Mächten – namentlich den USA – sehr leicht macht, anzugreifen, zu bombardieren oder in Länder einzumarschieren mit der vorgeschützten Legitimation durch die UN. Die Verhinderung von „Automatik“ durch das explizite Platzieren der Entscheidungsgewalt, was als materieller Bruch der Resolution in den Händen des Sicherheitsrates erscheint, beschränkte die US Kriegsmacher in der Tat wirkungsvoll. Jedoch, die Resolution lässt diese grundlegenden Fragen offen und auf diese Weise den Weg frei für den Krieg, wie der Guardian es ausdrückte. Mr. Ritter, ein vormaliger leitender UN-Waffeninspektor, behauptete, dass die USA das möglichste tun werden, um eine Konfrontation zu provozieren. „In den USA gibt es eine große Gruppe, die Krieg will“, sagte er (11). Obwohl von den meisten der Sicherheitsratsmitglieder nicht beabsichtigt, wird es praktisch bei den USA liegen zu entscheiden, ob der Irak sich in „materiellem Bruch“ seiner Verpflichtungen befindet. Wahrscheinlich wird es nichts nützen, dass der Sicherheitsrat konsultiert werden muss, da in der US – Interpretation der Resolution es nicht bedeutet, dass nicht bereits ein Krieg begonnen werden könnte. Um einen Krieg zu verhindern, sollte die Friedensbewegung jetzt versuchen, die amerikanische Öffentlichkeit zu überzeugen, dass die Resolution nicht beinhaltet, was die Bush Administration behauptet. Das wäre allerdings sogar noch schwieriger, als die amerikanische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Krieg einfach zu risikoreich ist und dem Kampf gegen Terrorismus nichts nützt. Es unterstreicht, dass es ein **strategischer Fehler** war, sich **den Kriegsplänen nur bei einer unilateralem Angriff zu widersetzen**. Aber wenn es nicht der geänderte Inhalt der Resolution war, was sonst könnte die überwältigende Unterstützung erklären? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir den UN – Sicherheitsrat mit seinen 15 Mitgliedern aufdröseln. Neben den fünf ständigen Mitgliedern – den USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien – jedes mit Vetorecht ausgestattet, gibt es noch Bulgarien, Kamerun, Kolumbien, Irland, Guinea, Mauritius, Mexiko, Norwegen und Sibirien. Manche Länder wie Bulgarien, Kamerun, Kolumbien, Guinea, Mauritius und Mexiko stimmten höchstwahrscheinlich einfach deshalb für die Resolution, weil sie sich ein „Nein“ nicht erlauben konnten (12). Als 1990 Südjemen zusammen mit Kuba gegen die US- geförderte

Resolution stimmte, erklärte der US Diplomat dem Jemeniten: „Das wird die teuerste Neinstimme sein, die Sie jemals abgegeben haben.“ Und Washington sperrte sein gesamtes 70 Millionen US - Dollar Hilfspaket (13). Obwohl eine solche Betrachtung ebenfalls für Frankreich, China und Russland eine Rolle gespielt haben könnte, wird die Geschichte komplexer. Sie alle hatten mit den USA lange Zeit über die Resolution verhandelt. Nach dem Erfolg Bush's in den Midterms, erkannten sie endlich an, dass sie keine Möglichkeit hatten, die USA von einem Kriegsgang abzuhalten. Für China und Russland bedeutet es, die USA nicht zu stören und im Austausch dafür selbst keinen Ärger von den USA zu bekommen. Die Bush Administration hat die Kritik an Menschenrechtsverletzungen fallen gelassen, den Krieg in Tschetschenien, den Status von Tibet und die Unterstützung Taiwans (14). Für Frankreich sowie für Russland geht es auch um ihre Ölinteressen – französische und russische Firmen haben Verträge mit dem Irak. Es brauchte einige Zeit für die Zusicherung, dass das neue proamerikanische Regime im Irak diesen Vertrag respektieren wird. Schließlich verfügt der Irak über die zweitgrößten Ölreserven in der Welt – noch nicht einmal inklusive der Ölfelder, deren Existenz von Experten vermutet wird.

### **Europas Komplizentum**

Wenn es in diesem Krieg wirklich um Zugang zu billigem Öl und die Kontrolle darüber geht, und es bestehen gute Gründe, dies zu glauben, dann werden die Europäer ebenfalls von diesem Krieg profitieren (15). Ich weiß, dass es weh tut; aber nur, weil die USA höchst abhängig von billigem Öl sind, sind die europäischen Staaten und ihre Menschen selbst nicht unschuldig an dieser Abhängigkeit. In einem bestimmten Sinn sind die USA dabei, Krieg um ein (perverses) öffentliches Gut zu führen. Und es liegt in der Natur von öffentlichen Gütern, dass es schwierig ist, sie auszugrenzen.

### **Zeitalter der Rohstoffkriege**

Was bedeutet das für soziale Bewegungen? Die **Umweltbewegung** muss erkennen, dass wir bereits in das Zeitalter von Rohstoffkriegen eingetreten sind. Sie hat jeden Grund, sich noch stärker für das Solarzeitalter einzusetzen und **wird so zu einem Teil der Friedensbewegung**. Man muss sich ins Gedächtnis rufen, dass eine der wichtigsten Umweltorganisationen sogar (Green)“peace“ in ihrem Namen trägt. Keine Idee, wie diese Verbindung schaffen? Ganz einfach, betrachtet das Skript für die folgende Anzeige, die von den Slim-Fast (Abmagerungsdiät) inspiriert wurde: Anstatt von „Ich verlor 12 Kilogramm in zwei Wochen“, macht die Anzeige einen Kameraschnitt zu verschiedenen Leuten in ihren Sportwagen: „Ich vergaste 40.000 Kurden“, „Ich half, ein Flugzeug zu entführen“, „Ich half, einen Nachtclub in die Luft zu sprengen“, und dann unisono: „Wir machten das alles, um in unseren SUV's zur Arbeit zu fahren“ (16). Die globale Bewegung für Gerechtigkeit muss ebenfalls eine Rolle spielen. Sie sollte nicht nur Friedensaktionen materiell und mit Aktivisten unterstützen, sondern sollte ihr Argument klarer machen, dass **ökonomische**

### **Ungerechtigkeit, die von neoliberaler Globalisierung verursacht wurde, Krieg und Terrorismus unterstützt.**

Es ist jetzt sogar möglich, eine direkte Verbindung zwischen **Krieg** und **Freihandel** zu ziehen. Der US-Handelsminister,

Bob Zoellick, der in diesem Oktober an einem Meeting in Mexiko teilnahm, machte die Verbindung explizit zwischen Australiens Unterstützung des Krieges gegen den Irak und die Unterstützung der Administration für eine USA-Australien-Freihandelszone (FTA) und erklärte: Australien hat mit den Vereinigten Staaten in jedem Krieg im 20. Jahrhundert zusammen gekämpft. Sie haben uns stets unterstützt, und für mich zählt das.“ (17) Und in der Tat war Zoellick kürzlich erfolgreich in seinem Druck auf die amerikanische Farmlobby, die gegen die FTA opponiert.

Dies sind natürlich alles langfristige Strategien, aber wir benötigen sie dringend, weil wir tatsächlich einen guten Grund für die Befürchtung haben, dass der Irakkrieg von einem **weiteren Krieg im Mittleren Osten** gefolgt werden könne. Man muss sich nur erinnern, dass der **Iran** ebenfalls ein Punkt auf der „Achse des Bösen“ ist. Er ist ökonomisch und militärisch viel stärker als der Irak und verfügt ebenfalls über große Ölreserven.

**Alles in Allem befinden wir uns im Moment in wirklichen Schwierigkeiten.** Weder irgend ein Land noch die UNO scheinen übrig geblieben zu sein, um die USA in ihrem Angriff auf den Irak zu stoppen. Deshalb liegt es einzig bei der Friedensbewegung. Und obwohl unsere Chancen, den Krieg gegen den Irak zu stoppen, nicht sehr hoch sind, müssen wir alles erdenklich Mögliche dafür tun. Nicht nur, weil es die richtige Sache ist, sondern auch, weil unsere Stärke in den nächsten Monaten entscheiden wird, ob die US – Regierung einen nächsten Krieg wagen kann.

Die Herausforderungen, denen die Friedensbewegungen in den USA und Europa im Moment gegenüberstehen, sind sehr unterschiedlich.

In den USA muss die Friedensbewegung zuerst und vor allem die amerikanische Öffentlichkeit davon überzeugen, dass ein Krieg gegen den Irak (und vielleicht in der nahen Zukunft gegen den Iran) falsch ist und ihr nicht helfen wird, sie vor weiteren terroristischen Anschlägen zu schützen. Das bedeutet, wie ich bereits ausgeführt habe, erstens, die Falkenideologie zu marginalisieren und zweitens, die Hegemonie des Präsidenten bei der Konstruktion eines völlig verdrehten Weltbildes zu brechen. Demonstrationen, Teach-ins, von Tür-zu-Tür-gehen etc. – die Maßnahmen sind alle gut bekannt. In Europa ist die Situation anders, weil die Mehrheit der Bevölkerung bereits davon überzeugt ist, dass ein Krieg gegen den Irak ein schrecklicher Irrtum wäre. Während einige europäische Regierungen wie die britische und italienische offen die US- Politik unterstützen, geben andere Regierungen Lippenbekenntnisse an die Friedensbewegung ab, unternehmen aber nichts wirklich, um die US Kriegsmaschine zu stoppen. In dieser Situation sind mehr und mehr Demonstrationen zum Wecken des öffentlichen Bewusstseins nötig. Der indische Schriftsteller Arundhati Roy drängte Kriegsgegner, **zivilen Ungehorsam** auszuüben, um gegen den Irakkrieg zu opponieren. Wenn wir diese Gedanken aufnehmen, kann eine neue Friedenskampagne in Deutschland friedliche Blockaden der großen US – Militärbasen organisieren. Mit Maßnahmen des zivilen Ungehorsams hoffen die Organisatoren, die amerikanische Kriegsmaschine und ihren Nachschub an Waffen und Personal zu blockieren. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir vielen erschreckenden Momenten ins Auge blicken müssen. In solchen Momenten hilft mir manchmal die Vergegenwärtigung dessen, was Bert Brecht vor langer Zeit schrieb:

**„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat bereits verloren.“**

## **Präventivkriege – jetzt auch deutsche Politik?**

### **Der Gipfel in Prag als historische Wegmarke der NATO. Deutschland unterstützt nun auch offiziell den Krieg gegen den Irak**

Tobias Pflüger

Tobias Pflüger ist Vorstandsmitglied bei der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Weitere Informationen: <http://www.imi-online.de>

Der NATO-Generalsekretär George Robertson bezeichnete schon im Februar den Prager NATO-Gipfel als »historische Wegmarke«, der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, der deutsche General Harald Kujat, legte vergangene Woche noch einmal nach: »Die NATO steht mit diesem Gipfel am Scheideweg.« Was ist gemeint? Was passierte auf diesem NATO-Gipfel in Prag? Direkt und indirekt standen nicht weniger als sechs für die Zukunft der NATO zentrale Punkte auf der Tagesordnung:

1. Diskussion über die (Teil-)Übernahme der Bush-Doktrin als NATO-Strategie,
2. NATO-Osterweiterung,

3. Neue Aufgabenstellung und neue Ziele für die NATO,
  4. Verbindliches Aufrüstungsprogramm für alle NATO-Staaten,
  5. Aufstellung einer NATO-Interventionstruppe (»NATO Response Force«) mit 21000 Mann und Frau,
  6. Die Position der NATO und der einzelnen Regierungen zum Irak-Krieg.
- Dazu kamen: Überprüfung der Rolle der NATO bei den Einsätzen auf dem Balkan und die Beziehungen zu Nicht-NATO-Staaten. Einen Punkt suchte man vergeblich auf der Agenda, er wurde schon vor dem NATO-Gipfel durch die Hintertür eingeführt: Der

**Einsatzradius** der NATO soll in Zukunft global sein und **nicht mehr auf das NATO-Gebiet beschränkt** bleiben. Unverwechselbar klar ist dazu wieder einmal die Zeitung Die Welt: »Die NATO bereitet sich auf Einsätze in der ganzen Welt vor«. Die Militärzeitschrift IAP wurde noch deutlicher: Es geht um eine neue »**geopolitische Ausrichtung nach Süden**«.

Der wesentlichste Punkt auf dem Prager NATO-Gipfel und für die Zukunft der NATO an sich war deshalb die Debatte, ob die verbindliche US-Militärstrategie, die National Security Strategy (NSS), besser bekannt als **Bush-Doktrin**, in ihren Kernteilen von der NATO als Strategie übernommen wird oder nicht. Wolfgang Schäuble hatte im Bundestag eine Übernahme der NSS und die Zustimmung zu Präventivkriegen gefordert. Was das heißt, ist vielen nicht bewußt. Es bedeutet, daß die beiden Kernelemente der Bush-Doktrin verbindlicher Teil der NATO-Strategie werden: **Führung von Präventivkriegen, wenn die Regierenden die Hegemonie bedroht sehen, und »niederschwelliger« Einsatz von Atomwaffen.**

#### **Osterweiterung**

Nachdem in einer ersten Runde 1999 Ungarn, Tschechien und Polen in die NATO aufgenommen wurden, erging nun in Prag die Einladung an Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien. Der Beitritt selbst soll im Mai 2004 erfolgen. Albanien, Mazedonien und Kroatien hatten ebenfalls beim »Membership Action Plan« mitgemacht. Dabei handelt es sich im wesentlichen um eine Überprüfung der NATOKompatibilität der Armeen, die Zusage der Kandidaten für eine deutliche Erhöhung der Militärausgaben und die Überprüfung von möglichst nicht auffälligen Menschenrechts- oder Demokratiedefiziten. Nach Angaben des ehemaligen NATO-Generals Wesley Clark wären die neuen NATO-Kandidaten bei einem möglichen Irak-Krieg auch dabei. Er geht von einem Kriegsbeginn Ende Januar und der Teilnahme von Italien, Spanien, den USA, Großbritannien, Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien, Lettland, Litauen und Estland aus. Nach dem **11. September 2001** hatte die NATO eindeutig einen **Bedeutungsverlust** zu verzeichnen. Der von den westlichen Regierungen unter Führung der USA Administration ausgerufene permanente Krieg (offiziell »Anti-Terror-Krieg«) wird in Adhoc-Koalitionen geführt. Die NATO wurde

außer für die Ausrufung des Bündnisfalles nicht »gebraucht«. NATO-Generalsekretär George Robertson drängte deshalb – in Übereinstimmung mit den wichtigsten NATO-Regierungen

– darauf, daß sich die NATO neue Aufgabenbereiche und Ziele verschreibt: Der Pakt soll eine Art »Neue Anti-Terror-Organisation« (NATO) werden, weltweit einsetzbar. Als weiteres zentrales Ziel soll die NATO die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bei anderen Staaten unterbinden. Normalerweise wäre für eine solche Aufgabenveränderung ein neues strategisches Konzept vonnöten, doch da das geltende von 1999 noch zu jung ist, um schon wieder ein neues aufzulegen, werden eben einfach die Aufgaben der NATO »angepaßt«.

#### **Aufrüstungsprogramm**

Eine zunehmende Kluft zwischen den militärischen Fähigkeiten der USA und der europäischen NATO-Staaten machte der NATO-Generalsekretär vor dem Gipfel aus. So wurde jetzt in Prag ein verbindliches Aufrüstungsprogramm für alle (neuen und alten) NATO-Staaten beschlossen. »Wir müssen flexiblere und mobilere Streitkräfte entwickeln. Die schnelle Verlegung von Truppenteilen und ihrer Ausrüstung in alle Teile der Welt muß verbessert werden«, so George Robertson gegenüber der Zeitung Die Welt. Folgende Bereiche sollen in allen Staaten umfangreich aufgerüstet werden (in militärischer Sprache): »Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Angriffe, Gewährleistung der Überlegenheit auf dem Gebiet der Führungs-, Fernmelde- und Informationssysteme, Verbesserung der Interoperabilität dislozierter Streitkräfte und zentraler Aspekte der Leistungsstärke bei Kampfeinsätzen sowie Gewährleistung der raschen Dislozierbarkeit und der langfristigen Durchhaltefähigkeit von Streitkräften.«

Übersetzt bedeutet dies eine bessere Kriegführungsfähigkeit und weitere »qualitative« Aufrüstung. Die NATO wird gegenüber allen Mitgliedstaaten Druck machen, daß sie mehr kampforientierte Truppen mit mehr kriegstauglichem Material zur Verfügung stellen, das geht einher mit zum Teil **deutlichen Erhöhungen der Militärhaushalte** und bedeutet bezogen auf die Bundeswehr einen **verschärften Aus- und Aufbau von kriegführungsfähigen Truppen** (»Einsatzkräften«).

#### **NATO-Interventionstruppe**

Im Vorfeld des Prager NATO-Gipfels hatte die

US-Regierung mit ihrer Forderung nach Aufstellung einer NATO-Interventionstruppe (»NATO Response Force«, NRF) mit 21 000 Mann und Frau für Furore gesorgt. Jetzt wurde das einvernehmlich beschlossen. Diese NATO-Interventionstruppe soll ab Oktober 2004 teilweise und ab 2006 vollständig bereitstehen. Aus einem jeweils von den NATO-Staaten bereitgehaltenen NRF-Pool soll sie zusammengestellt werden können und innerhalb kürzester Frist, die Rede ist von sieben bis 30 Tagen, in Kriegs- und Konfliktregionen verbracht werden können. Die US-Regierung und dort besonders Donald Rumsfeld hatten diese Stand-By-Kriegführungstruppe schon zu einem Lackmusestest für die Relevanz der NATO erklärt. Für Deutschland tun sich spezielle Probleme auf bei einer solch **kurzen Vorwarnzeit**, schließlich muß der **Bundestag** (noch) jeden der Auslandseinsätze beschließen. Die NATO-Truppe bietet nun denjenigen, die diesen »Parlamentsvorbehalt« abschaffen wollen, neue Munition, plötzlich ist das »Endsendegesetz«, mit dem der Bundestag ausgehebelt werden könnte und das in den Koalitionsverhandlungen gerade noch abgewendet wurde, wieder auf dem Tisch. Zentrales politisches Problem für die Oberen der EU-Regierungen ist aber die sichtliche Konkurrenz dieser neuen NATO-Interventionstruppe zur geplanten EU-Interventionstruppe mit 60 000 Mann. Erst kurz vor dem NATO-Gipfel hatte die EU betont, daß die Einsatzfähigkeit der EU-Truppe nächstes Jahr erreicht sein soll. Deutschland spielt bei der EU-Truppe sowohl quantitativ (»Ein Drittel aus Deutschland«) als auch in der Befehlsstruktur eine wesentliche Rolle (das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow ist »Kern eines Operation Headquarters der Europäischen Union«).

Doch es gibt erhebliche Probleme: Die EU-Truppe muß auf NATO-Material und NATO-Soldaten zurückgreifen. Bei der NATO blockiert aber die Türkei eine Zurverfügungstellung von NATO-Equipment, gegen eine türkische Mitsprache bei der EU-Truppe sträubt sich Griechenland. Doch damit nicht genug: Ab 15. Dezember sollte eigentlich die EU erstmals eine stationierte NATO-Truppe übernehmen, in Mazedonien. Doch das klappt nicht, der Streit zwischen Griechenland und der Türkei blockiert dies. Die französische Regierung wollte auf jeden Fall das

Mazedonien-Mandat gleich unter EU-Flagge für ein Jahr erteilen, Deutschland, Großbritannien und die anderen EU-NATO-Staaten setzten sich durch, und so gab es noch einmal ein halbjährliches NATO-Mandat, bevor die Truppe unter EU-Flagge startet. Jedenfalls ist klar: Die NATO-Truppe ist auf der Überholspur, die EU-Truppe steckt im Stau. Bei der NATO heißt es: »Eine Konkurrenzsituation ist vorstellbar«. Ergebnis wird wohl trotzdem sein, daß beide Interventionstruppen herausgebildet werden.

**Deutschland und der Irak-Krieg**  
 Offiziell nicht auf der Tagesordnung auf dem Prager Gipfel war der geplante Irak-Krieg der USA und Großbritanniens; erwartungsgemäß war er dennoch das bestimmende Thema. Er wurde kaum noch kontrovers diskutiert. Nachdem die Wahlkampferte für SPD und Grüne eingefahren ist, sind die Äußerungen der Bundesregierung gegen einen Irak-Krieg deutlich leiser geworden. Der von Peter Struck versprochene **Abzug der ABC-Panzer** aus Kuwait bei Kriegsbeginn ist auf Wunsch von Joseph Fischer **zurückgenommen** worden. Die Bundesregierung hatte diesmal im Bundestag relativ geräuschlos eine Verlängerung des »Enduring Freedom«-Mandats durchbekommen, obwohl der Auftrag deutlich ausgeweitet wurde. Die ABC-Abwehrsoldaten in Kuwait wurden bestätigt. Die Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) haben einen erweiterten Auftrag erhalten. Nach wie vor ist aber unklar, was die KSK-Soldaten genau treiben und was sie mit möglichen Gefangenen machen. Auch die »Deutsche Marine«, die rund um Somalia, in Djibouti, Kenia, am Horn von Afrika etc. herumschippert, wird in Zukunft nicht mehr nur Küstenwache spielen und Öltransporte absichern, sondern nun auch Transporte zum Kriegsgebiet um den Irak begleiten. Nach Ansicht von vielen Militärexperten ist klar, daß durch die Aufgabenstellung der ABC-Abwehrkräfte in Kuwait (Unterstützung von US-Soldaten) und deren Einbeziehung in den Gesamtverband vor Ort wie deren Unterstellung unter US-Befehl eine Einbeziehung deutscher Soldaten beim Irak-Krieg sehr wahrscheinlich geworden ist. Das gleiche gilt im übrigen auch für die multinationalen (und deutschen) Besatzungen beim geplanten Einsatz von AWACS. Deutschland wird also nicht mehr »nur« indirekt wie bisher, sondern wohl auch direkt am Irak-Krieg beteiligt sein. Bisher laufen Truppentransporte zur

Vorbereitung des Irak-Krieges über Frankfurt Airbase, Ramstein, Spangdahlem und Kriegsübungen in und um Grafenwöhr. **Die Nutzung deutscher, britischer und USamerikanischer militärischer Infrastruktur in Deutschland wird den kriegführenden Staaten durch die Bundesregierung nun auch offiziell ermöglicht** (sie hätte hier die Möglichkeit und bei einem Angriffskrieg sogar die Pflicht, eine Nutzung zu untersagen). Auch die **Überflugrechte** bei einem Irak-Krieg sind nun offiziell zugesagt worden. In Prag wurde von seiten der Bundesregierung mitgeteilt, daß Deutschland Großbritannien und den USA wie beim Golfkrieg 1991 uneingeschränkte Überflugrechte erteilt. Auch wurde mitgeteilt, daß die USA und Großbritannien ihre Stützpunkte in Deutschland auch während des neuen Irak-Krieges zur Unterstützung der Kampfhandlungen nutzen können. Um welche Standorte es geht, ist auch schon klar: um die Verlegung der 1. Panzerdivision der U.S. Army im Kriegsfall. Die »Freigabe« des Transportes der Soldaten und ihres Kriegsmaterials aus den Kasernen in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz zur Verschiffung nach **Bremerhaven** ist nun erfolgt. Wie die aus Europa und den USA abgezogenen US-Truppen und britischen Truppen »ersetzt« werden können, ist öffentlich noch nicht bekannt. Hier wird wohl Deutschland, das ja offiziell nicht mitbomben will, wohl an einer Reihe von Stellen in die Bresche springen.

Eine Kontroverse in Sachen Irak gab es auf dem NATO-Gipfel nicht, u.a. weil die Bundesregierung das erforderliche Veto innerhalb der NATO gegen einen Irak-Krieg nicht einlegen wollte. Mit ihrer Unterschrift unter die scharfe Erklärung des NATO-Gipfels zum Irak, in der einerseits die interpretierfähige UN-Resolution 1441 unterstützt wird und andererseits dem Irak bei »weiterer Verletzung seiner Pflichten ernsthafte Konsequenzen« angedroht werden, **ist die Bundesregierung eindeutig von ihrer bisherigen Position abgewichen**. Gleichzeitig ist damit klar, daß die NATO nicht direkt beim Irak-Krieg dabei sein wird, aber durch diese Gipfelerklärung die USA und Großbritannien in ihrem Kriegskurs unterstützt.

#### **Über Israel oder die Türkei?**

Die US-Regierung hat der Bundesregierung in Prag eine offizielle Anfrage für eine direkte Unterstützung beim Irak-Krieg zukommen lassen. Inzwischen ist der Inhalt der Anfrage

klar: Die Bundesregierung soll Flugabwehrraketen zur Verfügung stellen. Wo diese allerdings stationiert werden sollen, blieb offiziell offen. Dafür kommen aber nur zwei Staaten in Betracht: Die Türkei oder Israel. Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung haben Regierungsbeamte angedeutet, daß damit auch die neuerliche Position, »nicht aktiv am Irak-Krieg mitzumachen«, ins Schwimmen geraten ist: Die Bundesregierung werde in eine »ausgesprochen schwierige« Lage geraten, falls man ihr nahelegen sollte, die Raketen vom Typ »Patriot« zum Schutze Israels oder des NATO-Verbündeten Türkei bereitzustellen. »Wir bleiben dabei, daß wir an einem Krieg nicht aktiv teilnehmen wollen«, hieß es weiter. »Aber bei Israel könnten wir nur schwer ablehnen.« Diese wohl absehbare Entscheidung wird auch Auswirkungen auf die Friedens- und Antikriegsbewegung in Deutschland haben. Die Angriffe von (de facto-)Unterstützern der Politik Scharons auf die Friedens- und Antikriegsbewegung werden dann noch einmal stark zunehmen. Erst wenn die USA das **nächste Kriegsziel Iran** ins Visier nehmen, ist eine heftigere Auseinandersetzung zwischen den Regierungen der USA und Deutschlands wahrscheinlich. Im Falle des Iran gibt es einfach andere Interessen, sowohl im geopolitischen als auch im wirtschaftlichen Bereich. Hier liegt wohl ein weiterer Grund für die »Kriegsablehnung« der Bundesregierung, die anderen Interessen hat in der Gesamtregion.

Der NATO-Gipfel bedeutet für Deutschland, daß **Zusagen zur Erhöhung des Militärhaushaltes** gemacht wurden, daß eine deutsche Teilnahme an der neuen NATO-Interventionstruppe erfolgt und die in Arbeit befindlichen neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) noch einmal umgeschrieben werden müssen, weil eine Light-Form von Präventivkriegen noch mit hinzukommt. Die Kriegspolitik von SPD und Grünen wird also munter fortgesetzt. Die Übernahme von weiterem Militäringagement in Afghanistan, auf dem Balkan und beim permanenten Krieg werden fortgesetzt werden, schließlich ist **Deutschland schon heute nach den USA der Staat, der am meisten Truppen im Auslandseinsatz hat**. Präventivkriege werden wohl nach dem Prager NATO-Gipfel Stück für Stück auch deutsche und NATO-Politik werden. Tatsächlich eine

historische Wegmarke der NATO.

**Widerstand** gegen diese fortgesetzte und globale Kriegspolitik sowohl der USA als auch Deutschlands und der NATO ist von den Regierungen nicht zu erwarten, im Gegenteil. Auch deshalb waren die (wenigen) Aktionen gegen den NATO-Gipfel in Prag sehr zu begrüßen. In Deutschland orientieren sich viele aus globalisierungskritischen Gruppen, aus

Friedens- und Antikriegsbewegung und viele, die in Florenz waren, als nächstes nach **München**, zu den Gegenaktivitäten gegen die Münchner »Sicherheitskonferenz« Anfang Februar.

Veröffentlicht am 25.11.2002 unter  
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html>

\*

## USA: Gewerkschaften unterstützen die Anti-Kriegs-Opposition:

AFL-CIO <The American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations>:

"Krieg ist die letztmögliche Alternative, nicht die erstbeste" Von Chris Kutalik

Übersetzung: Katharina Schell; Korrektur: Annette Sudek; [cooridtrad@attac.org](mailto:cooridtrad@attac.org), ehrenamtliche Übersetzer

Direkt nach dem 11. September schlossen sich viele amerikanische Gewerkschaftsführer und Arbeiter zugunsten eines Krieg gegen den Terrorismus zusammen. Die recht grosse Unterstützung eines solchen Krieges blieb auch bestehen, als US Einheiten kurz darauf den Militäreinsatz in Afghanistan begannen. Inzwischen hat der Konsens über vermehrte militärische Interventionen jedoch zu bröckeln begonnen. In den letzten Monaten hat eine wachsende Zahl von gewerkschaftlichen Bundesverbänden, Vorständen, lokalen Vereinigungen, spontanen Arbeiter-/Anti-Kriegs-Gruppen, und anderen gewerkschaftlichen Organisationen sich den Protesten gegenüber den Plänen eines neuen Krieges gegen den Irak angeschlossen. Am 7. Oktober wandte sich AFL-CIO-Präsident John Sweeney an den Kongress zum Thema Irak. Sweeney äußert in seinem Schreiben ein Gefühl des "einerseits/andererseits". Er schreibt zum Beispiel, "Amerika hat sicherlich das Recht, im Alleingang zu handeln, wenn dies nötig ist, um unsere nationalen Interessen zu schützen, aber die AFL-CIO ist davon überzeugt, dass unsere nationalen Interessen durch ein multilaterales Vorgehen besser geschützt würden."

Letztlich wird in diesem Schreiben jedoch vor einem übereilten Krieg gewarnt: "Wir müssen den Söhnen und Töchtern von Amerikas Arbeiterfamilien versichern, dass Krieg die letztmögliche Alternative ist, und nicht die erstbeste, um diesen Konflikt zu lösen, bevor wir sie darum bitten, sich in Gefahr zu begeben, um uns zu schützen", forderte Sweeney.

Er stellte auch Bushs Zeitplan in Frage: "Viele unserer Mitglieder haben den Eindruck, dass die plötzliche Eile, eine Entscheidung

zwischen Krieg und Frieden zu treffen, eine Eile, die vor einem Monat noch nicht zu bemerken war, mindestens ebensoviel mit dem politischen Kalender zu tun hat, wie mit der Situation im Irak. Es ist ein offensichtlicher Widerspruch, dass es keinen vergleichbaren Aktionismus gibt, um die ökonomische Krise anzugehen, unter der große Teile unserer Bevölkerung ebenfalls sehr direkt leiden." DAS SPEZIELLE ANLIEGEN DER ARBEITER

Der Vorstand der Local 1199/SEIU, New Yorks Gesundheits- und Pflegedienstgewerkschaft, äußerte sich am 4. Oktober noch deutlicher: "Die amerikanischen Arbeiterfamilien haben ein besonderes Interesse, einen erneuten Krieg zu vermeiden." Local 1199 repräsentiert etwa 220 000 Arbeitnehmer aus dem Gesundheitswesen im Gebiet New York. Die Gewerkschaft ruft die Arbeitnehmer dazu auf, Kontakt zum Kongress aufzunehmen und Anti-Kriegs-Demonstrationen zu organisieren. Local 1199 ist bekannt für ihre traditionelle Anti-Kriegs-Haltung: "Unsere Gewerkschaft war eine der ersten, die sich früh gegen den Vietnamkrieg gestellt haben, zunächst nur eine einsame Stimme, die dann - als das Abschlachten zunahm - von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Heute haben wir die Möglichkeit, eine Katastrophe vor ihrem Ausbruch zu verhindern."

Die Gewerkschaft stellt in ihrer Stellungnahme die immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Bedingungen der Arbeiterhaushalte der neuerlichen Stärke des Verteidigungshaushalts gegenüber. In der Resolution wird darauf hingewiesen, dass eine steigende Zahl von Amerikanern keine Krankenversicherung besitzt (geschätzte 41 Millionen), während die Bush-Administration

im Jahr 2002 die Ausgaben für die Verteidigung um 45 Milliarden Dollar erhöht hat. Die Gewerkschaft macht diesen militärischen Vorstoß – zusammen mit den Steuersenkungen für die rechen Bevölkerungsschichten - dafür verantwortlich, dass Haushaltsmittel "für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Gesundheit, Bildung und andere menschliche Grundbedürfnisse" gestrichen wurden.

Die Erklärung geht über innenpolitische Themen hinaus, um die neue Politik des "vorsorglichen Krieges" der Bush-Administration zu kritisieren, indem gesagt wird, dass "diese Politik die Tür zu internationaler Anarchie öffnen würde".

Auf diese Resolution folgte eine ganzseitige Anzeige in der New York Times vom 10. Oktober, unterzeichnet vom 1199-Präsidenten Dennis Rivera.

Der Landesvorstand der California Federation of Teachers (CFT) verabschiedete am 21. September eine ähnliche gehaltene Resolution. Die CFT, die 100 000 Lehrer repräsentiert, erklärte, dass sie einen Krieg nachdrücklich ablehne und forderte ihre Mitglieder auf "sich in Organisationen zu engagieren, die sich dafür einsetzen, die Bush-Administration auf ihrem Weg zum Krieg zu stoppen."

In dieser Resolution wurde festgestellt, dass ein Krieg "die Macht einer Administration, die bereits die Bürgerrechte eingeschränkt hat, weiter stärken würde."

Andere gewerkschaftliche Körperschaften auf nationaler, Landes- und Regionalebene, die sich dem Krieg in den letzten zwei Monaten entgegengestellt haben, sind das Washington State Labor Council, United Electrical Workers, New Mexico Carpenters, Wisconsin SEIU, Pride at Work und verschiedene zentrale Gewerkschafterverbände entlang der Westküste und im Staat New York.

#### VON DEN DOCKS BIS ZUM IRAK

In vielen der Anti-Kriegs-Resolutionen von Gewerkschaftsseite werden Bushs außenpolitische Motive gegen den Irak mit seinen innenpolitischen Motiven gegen die Gewerkschaften in Verbindung gebracht.

Longshore (ILWU) Local 10 argumentiert in einer Veröffentlichung am 10. September, dass Präsident Bush die Besorgnis um die nationale Sicherheit benutze, um einerseits die Vertragsverhandlungen dieser Gewerkschaft zu unterminieren und andererseits, um "Gewerkschaften für seinen Feldzug zugunsten der Ölindustrie zu instrumentalisieren". Der Zentralrat der Gewerkschaften von Albany unterstützte diese Ansicht indem er äußerte, dass "der Feldzug der Bush-Administration eine innenpolitische Komponente" habe, die "sich gegen die ILWU zu wenden" droht, "um einen Angriffspunkt gegen die gesamte Arbeiterbewegung zu finden."

Im Gebiet Detroit veröffentlichten die Postmitarbeiter der 480-481-Area einen Anti-Kriegsartikel, und beriefen sich auf die Argumentation "kein Blut für Öl": "In diesem Krieg geht es um das pure Eigeninteresse, und um pures Öl. Zahlreiche Quellen haben berichtet, dass die Leute, die Bush im Irak an die Macht bringen will, die grossen Ölreserven dieses Landes der Kontrolle der amerikanischen Ölkonzerne unterstellen werden. Dies, und das Streben nach militärischer und politischer Dominanz in dieser Region, sind die wahren Motive für Bushs Krieg.

"Wann hat ihnen die Ölindustrie jemals einen Gefallen getan? Sind dies nicht dieselben Konzerne, die nach dem 11. September schamlos die Preise verdoppelt haben? Sollten unsere Brüder, Schwestern, Kinder und Kollegen sterben, um deren Profite zu erhöhen?"

[Siehe auch Sweeneys Schreiben an den Kongress unter [www.aflcio.org](http://www.aflcio.org) unter der Rubrik "Testimony".]

Ansprechpartnerin für diesen Artikel: Marsha Niemeijer [marsha@lobornotes.org](mailto:marsha@lobornotes.org). Veröffentlicht in Zusammenarbeit mit Labor Notes. "Labor Notes" ist ein Monatsmagazin, das in Detroit, USA erscheint. Wir engagieren uns dafür, die Arbeiterbewegung zu reformieren und wiederzubeleben. Wir bringen Meldungen über die Arbeiterbewegung, die sonst nirgends zu finden sind. Berichte über Arbeiteraktivitäten an der Basis, innovative Organisationsformen, internationale Arbeitskämpfe, Fremdarbeiter und Probleme, die einige Gewerkschaftsführer lieber nicht erwähnen würden. Labor Notes können per internet abonniert und per mail geliefert werden. Informationen dazu finden Sie auf unserer Website <http://www.labornotes.org/>



## **Abschlussrede von Jacques Nikonoff, neuer Präsident von Attac anlässlich der Tagung von ATTAC Frankreich (Auszug) 01.12.2002**

*Sabine Scheib; Korrektur: Marion Sanchez-Munoz; coorditrad@attac.org, ehrenamtliche Übersetzer*

Liebe Freunde, liebe Genossen,  
vor uns liegt ein Jahr der Entscheidungen.  
Im Jahr 2003 werden sowohl bei unseren  
Gegnern als auch bei uns Ereignisse von  
erheblicher Tragweite stattfinden.

Selbstverständlich wollen wir die Pläne unserer  
Gegner vereiteln und den Erfolg unserer eigenen  
Aktionen sichern. Diese Ereignisse werden auf  
globaler, europäischer und nationaler Ebene  
stattfinden.

International:

Das irakische Volk ist vom Krieg bedroht. Ich  
möchte auf dieses Problem näher eingehen.

Wir sind gegen diesen Krieg.

Wir wissen alle: Gegen Bush zu sein, bedeutet  
nicht, für Saddam Hussein zu sein. Wir  
verurteilen diesen Diktator aufs Schärfste.

Wir sind gegen diesen Krieg, weil die zu seiner  
Rechtfertigung vorgebrachten Gründe  
fadenscheinig sind. Eine Verbindung zwischen  
al-Qaida und dem Irak konnte nicht bewiesen  
werden. Wie sogar von Jacques Chirac  
zugegeben wird, ist auch nicht bewiesen, dass  
der Irak ein Arsenal von

Massenvernichtungswaffen aufgebaut hat. Es ist  
Aufgabe der UN-Inspektoren, diese Beweise zu  
erbringen.

Wir sind gegen diesen Krieg, weil das wahre Ziel  
der amerikanischen Regierung der ungehinderte  
Zugriff auf die zweitgrößten Erdölreserven des  
Mittleren Ostens und die Errichtung einer neuen  
Weltordnung imperialen Typs ist.

Wir sind gegen diesen Krieg, weil die  
amerikanische Regierung sich nunmehr  
ermächtigt glaubt, internationale Abkommen zu  
missachten. Die Zukunft der Vereinten Nationen  
und der internationalen Rechtsordnung steht auf  
dem Spiel und damit die Fähigkeit der UN, sich  
gegen hegemoniale Bestrebungen  
durchzusetzen.

Und schließlich sind wir gegen diesen Krieg, weil  
er das Risiko einer Radikalisierung  
fundamentalistischer Bewegungen und der  
Zunahme spontaner Terrorakte erheblich erhöht,  
die von Verzweiflung und Hass genährt werden.  
Statt den internationalen Terror in Schach zu  
halten, würde ein solcher Krieg ihm im Gegenteil  
vor allem deswegen neuen Auftrieb verschaffen,  
weil er als ein Krieg zwischen der westlichen  
Zivilisation und der gesamten islamischen Welt  
angesehen würde.

Was wollen wir?

Wir wollen, dass der Terrorismus konsequent  
bekämpft wird.

Wir wollen das Primat der Politik. Politische  
Lösungen sind im Rahmen des internationalen

Rechts und der Charta der Vereinten Nationen  
auszuhandeln, um die Rolle und die  
Verantwortung der UN zu stärken.

Wir wollen, dass der Irak die UN-Resolutionen  
respektiert.

Aber wir wollen auch, dass die amerikanische  
Regierung ihr selektives und heuchlerisches  
Weltbild aufgibt und nicht mehr selbstherrlich und  
nur aufgrund ihrer eigenen Interessen bestimmt,  
welche Länder Sanktionen zu erwarten haben,  
wenn sie UN-Resolutionen mißachten.

Wir wollen also, dass sämtliche UN-Resolutionen  
überall auf der Welt und in allen Ländern, egal ob  
sie Erdöl besitzen oder nicht, durchgesetzt  
werden. Eine besondere Dringlichkeit kommt  
hierbei der Lösung des Palästina-Problems zu:

Auch Israel muss die UN-Resolutionen einhalten.  
Wir wollen also ein globales Konzept, auf dessen  
Grundlage die UN-Resolutionen zur Anwendung  
kommen, die seit Jahren toter Buchstabe sind.

Die internationale Mobilisierung war keineswegs  
umsonst. Die amerikanische Regierung hat  
nachgegeben und konnte die Vereinten Nationen  
nicht - wie anfänglich beabsichtigt - umgehen.

Es wird für die amerikanische Regierung immer  
schwieriger, einen Krieg zu rechtfertigen,  
nachdem Bagdad die Rückkehr der UN-Inspektoren  
akzeptiert hat und diese ihrer Arbeit  
nach eigenen Worten ungehindert nachgehen  
können.

Frankreich hat hierbei eine positive Rolle gespielt  
und ist gemeinsam mit Deutschland zum  
Angelpunkt des Protests geworden. Wir hoffen,  
dass dies so bleibt und Frankreich von seinem  
Vetorecht im Sicherheitsrat Gebrauch macht,  
wenn die Umstände dies erfordern.

Aus all diesen Gründen hat ATTAC seit Anbeginn  
an den Protestaktionen gegen den Krieg und für  
den Frieden teilgenommen.

Wir haben den Aufruf der Friedensbewegung  
unterzeichnet und waren bei den  
Demonstrationen am 12. Oktober dabei.

Am 14. Dezember werden wir erneut auf die  
Straße gehen.

ATTAC-Aktivisten können auf einen Aufruf, ein  
Flugblatt, ein Plakat und ein Kommuniké  
zurückgreifen. Es bleiben uns für die  
Mobilisierung zwei Wochen. Die  
Demonstrationen in Florenz haben gezeigt, wie  
sehr junge Menschen sich von all diesen Fragen  
betroffen fühlen. Wir müssen auf sie zugehen  
und unsere Flugblätter in Oberstufen von  
Schulen und Universitäten verteilen.

An die Pariser Bevölkerung: am 14. Dezember,  
um 15 Uhr, Treffpunkt Place de la République!

## ATTAC-France zu Palästina

### I. ANALYSE (.....)

### II. DIE POSITIONEN VON ATTAC

Grundlage der Position von ATTAC zum Palästina-Problem sind die in unserem Gründungspapier festgesetzten Ziele, das Internationale Recht und, seit dem 11. September, die Ablehnung der von der Bush-Regierung betriebenen Kriegslogik.

Der Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und der Wille, „die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hand zu nehmen“, sind mit dem Kampf um die Rechte der Völker und für den Frieden untrennbar verbunden. Die ständige Negierung der Rechte des palästinensischen Volkes durch Israel facht nicht nur den Konflikt im Nahen Osten immer wieder an, sondern gefährdet den Frieden weltweit. Den Folgen kann kein Land aus dem Weg gehen, und Frankreich ist von ihnen besonders betroffen.

Erheblich verschärft hat sich die Situation nach dem 11. September, da sich die Vereinigten Staaten ab diesem Zeitpunkt in den bewaffneten Flügel einer neoliberalen Globalisierung verwandelt haben, der nur im Dienste ihrer eigenen strategischen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen agiert. Die Logik des Krieges, die von der Bush-Regierung betrieben wird, hat in Wirklichkeit nichts mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun, der im Übrigen weltweit verurteilt wird. In Wirklichkeit nämlich geht es um die Konsolidierung der amerikanischen Hegemonie, die von führenden Kreisen in Washington als „imperial“ bezeichnet wird und über die "Achse des Bösen" und die „Schurkenstaaten“ hinaus auch auf die „Freunde“ ausgedehnt werden soll. Vor allem die Globalisierungsgegner unter den „Freunden“ sind im Visier, ihnen gelten Maßnahmen, die Freiheitsrechte in verschiedenen Ländern beschneiden.

Indem die derzeitige israelische Regierung ihre Politik als Teil des „Kampfes gegen den Terrorismus“ darstellt - wobei sie selbst bestimmt, wer ihr Feind ist - hat sie einen weiteren Vorwand gefunden, verstärkt dem palästinensischen Volk seine Rechte zu verweigern. Der Kampf gegen den Terrorismus soll auch eine Politik der Flucht nach vorne in eine Repression rechtfertigen, die die Spirale der Gewalt immer weiter vorantreibt.

In diesem Zusammenhang bekräftigt ATTAC nochmals, dass seine Haltung in der Palästina-Frage auf folgenden Grundsätzen beruht:

- Einhaltung sämtlicher Palästina-Resolutionen, die bislang vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurden,
- Recht für Israelis und Palästinenser, in Staaten zu leben, die lebensfähig sind und deren Grenzen international garantiert werden;
- Solidarität in Frankreich mit den Bewegungen, die für die Rechte des palästinensischen Volkes kämpfen, sowie Teilnahme an gemeinsamen Initiativen, um diese Rechte zu verteidigen.
- Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen;
- aktive Unterstützung internationaler ziviler Missionen in Palästina, an denen Mitglieder der Bewegung weiter teilnehmen.

KOPIE DES BRIEFES AN ARIEL SHARON, MINISTERPRÄSIDENT DES ISRAELISCHEN STAATES

Paris, den 28. November 2002

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

das Recht auf Verteidigung ist ein wesentlicher Bestandteil der Menschenrechte. Aus diesem Grunde verurteilt ATTAC aufs Schärfste den vor einem Tel Aviver Gericht eingeleiteten Prozess gegen den palästinensischen Abgeordneten Marwan Barghouti, der in Ramallah, das unter palästinensischer Hoheit steht, von israelischen Streitkräften entführt wurde.

Dieser Prozess stellt einen schweren Verstoß gegen die 1949 verabschiedete 4. Genfer Konvention und gegen die nach wie vor gültigen bilateralen Abkommen aus dem Jahre 1995 dar. Nach einer von den Vereinten Nationen immer wieder bekräftigten Doktrin kommt eine Fortsetzung dieses Prozesses dem Einverständnis der israelischen Behörden mit der fortgesetzten Begehung von Kriegsverbrechen gleich.

Hochachtungsvoll

Bernard Cassen, Präsident von ATTAC

# Diktatur der WTO oder lebendige Demokratie

Vandana Shiva, Indien –

Dieser Vortrag in der Johanneskirche/**Stuttgart** am 29. November 2002 war ein Beitrag zum öffentlichen „Teach In“ in der Johanneskirche, Feuerseeplatz, Stuttgart, bei dem neben Vandana Shiva auch Maude Barlow/Kanda, Maria Mies/Deutschland und die Sängerin Cida Nowotny/Brasilien auftraten, der Abend wurde moderiert von Carol Bergin. Die Veranstaltung war Teil der Reihe „Unsere Welt ist keine Ware“ die vom Jugend- und Kulturzentrum Forum 3, **ATTAC-Stuttgart**, Netzwerk Weltweite Projekte, Netzwerk Initiative Dreigliederung, Initiative Colibri, Kulturzentrum Merlin, Brot für die Welt, getragen wird.

*Einführung durch Carol Bergin:*

*(...)Vandana Shiva hat sich stark gemacht für den Schutz von Saatgut, für den Widerstand gegen das Stehlen und Manipulieren von Pflanzensamen. Aber nicht nur das – sie legt auch Samen. Sie ist eine Widerständlerin, sie ist jemand, der Samen beschützt, und sie ist jemand, der Samen – und zwar feurige Samen - in unser Inneres legen kann. Mehr brauche ich, glaube ich, nicht zu sagen. - Vandana!“*

*Vandana Shiva:*

„Ich danke Dir, Carol.

(...)Wissen Sie, ich war nicht dazu bestimmt, ein Saatgutretter zu werden - ich hatte Quantenphysikerin werden sollen. Und vor etwa fünfzehn Jahren, da wurde ich zum ersten Mal mit den Globalisierungsvorhaben der Biotechnologie-Industrie bekannt, welche die chemische Industrie war, die zur Saatgutindustrie wurde, und dann pharmazeutische Industrie - das ist alles eine Gruppe von Industrien, und es gibt etwa fünf davon, die alle unsere Gesundheit, unsere Nahrung, unsere Landwirtschaft, unsere biologische Vielfalt unter Kontrolle haben. Und damals im Jahre 1987 machten sie ihre Pläne, wie sie durch das GATT Rechte an **geistigem Eigentum** - Patentmonopole - bekommen könnten - zu jener Zeit gab es noch keine WTO. Wie sie neue technologische Genmanipulationen zu machen hätten, denn Bauern können zwar normales Saatgut bereitstellen, aber nur Großunternehmen würden es manipulieren können. Wie sie durch die Beseitigung jeglicher Beschränkungen bei Monopolen und Fusionen ihre Konzentration und Macht nutzen könnten, Märkte und unser Konsumverhalten nach ihren Vorstellungen zu formen. An diesem Tag fasste ich den Beschluss, dass wir unser Saatgut retten müssen. Und wissen Sie, bevor ich die Universität verließ, habe ich immer schon so ein paar Sachen gemacht, Bewegungen unterstützen, ein bisschen Forschung betreiben. Aber dann wurde mir klar, wenn wir das Saatgut retten und Bauern in einem so großen Land wie Indien mobilisieren mussten, war mehr nötig als meine Wenigkeit. Und ich schrieb dann an eine ganz kleine Geschäftsstelle in der Stadt – an Brot für die Welt – und sagte, dass ich wirklich der Überzeugung sei, dass das Saatgut gerettet werden müsse, und ob sie nicht helfen wollten. Und seit 1991 ist die ganze Arbeit, die wir in Indien zur Frage der Biodiversität und der Saatguterhaltung geleistet haben, nur durch die Solidarität möglich geworden, die "Brot für die Welt" und "Navdanya“ diese Bewegung für Saatguterhaltung in Indien, gezeigt haben. Und sehr oft merken wir nicht, wie viel in der heutigen Welt diese langfristigen Beziehungen des Vertrauens und der Solidarität bedeuten - also vielen Dank, "Brot für die

Welt“!

In diesen fünfzehn Jahren habe ich gesehen, wie unsere **Regierung** sich von einem Partner des Volkes zu einem Partner der Konzerne verwandelt hat. 1987, als das Szenario auftauchte, kämpfte die indische Regierung und sagte: "Wir können keine Patent - Monopole auf Saatgut dulden; wir können nicht Rechte an geistigem Eigentum und die WTO zulassen; wir können nicht den freien Handel mit Nahrungsmitteln dulden- das sind keine Handelsgegenstände; wir können keine Investitionsfreiheit haben." 1987 sagte die Regierung genau das, was wir heute sagen. Aber heute bewegen sich die Regierungen – Ihre, unsere, ein Land nach dem anderen – ich fürchte, selbst Herr Lula in Brasilien wird es sehr schnell tun – sie bewegen sich so schnell hinein in den Rahmen des "Es gibt keine Alternative". Wir wählen unsere politischen Führer. Wenn wir unsere Regierungen gestalten, damit sie eine bestimmte demokratische Willensbildung umsetzen, und sie das nicht tun können, dann geschehen meiner Ansicht nach ganz klar zwei Dinge: eine Diktatur entsteht, und die Demokratie stirbt. Für mich ist die WTO als die endgültige Diktatur in Erscheinung getreten. Sie hat Partner: den IWF1 und die Weltbank. Diese sind auch Diktatoren, aber sie diktieren durch das Finanzwesen, und die **WTO** bringt es fertig, zu diktieren, indem sie unsere **Gesetze ändert, ohne dass wir davon wissen**, ohne dass die Parlamente davon wissen. Sie schaffen es einfach so unsere Verfassungen zu ändern, ohne eine parlamentarische Debatte oder eine öffentliche Debatte. Sie versuchen sogar unsere moralischen und unsere ethischen Vorstellungen darüber, was wir als heilig behandeln, zu verändern. Werden wir den Dollar als heilig behandeln? Oder werden wir die Diversität des Lebens auf diesem Planeten, unsere Flüsse, unser Wasser, unser gemeinsames Leben als heilig behandeln? (...)

Im Dezember 1993 kamen zwei Männer zusammen – Mickey Canter und der Europäer war Leon Britten. Sie saßen eine Woche lang zusammen, entwarfen einige Vereinbarungen, machten ein paar Veränderungen, traten hervor und erklärten der Welt: „Ihr habt einem neuen GATT Abkommen zugestimmt.“ Alle anderen Länder standen draußen in den Fluren. Unter den Vereinbarungen waren Abkommen, die jedes Land dazu zwangen, Leben zu patentieren, jedes Land dazu zwangen, seine Menschen durch Verhungern umzubringen – das ist es, was tatsächlich passiert – jedes Land dazu zwangen zu erlauben, dass jede Ressource vom Kapital übernommen wurde. Und es gibt soviel Kapital in der Welt heute – 3 Billionen Dollar werden täglich bewegt – es könnte die Welt 500

mal aufkaufen! Und wenn Kapital die Quelle von Rechten ist, dann können keine anderen Rechte auf diesem Planeten existieren – nicht die Rechte der Arten, nicht die Rechte der Menschen, nicht die Rechte der Armen, oder der Marginalisierten.

Ich sehe die Globalisierung nicht nur als eine Diktatur an, ich sehe sie als etwas schlimmeres – ich sehe sie an als einen **neuen Krieg gegen den Planeten** und seine Bewohner. Ich sehe sie an als einen Terrorismus. Was ist Terrorismus? **Terrorismus** ist die systematische Ausübung von Zwang um Menschen zu terrorisieren. Was tut das Abkommen über Landwirtschaft? Es ist die systematische Ausübung von Zwang um Import-Hindernisse zu beseitigen, so, dass die Vereinigten Staaten, Unternehmen wie Cargill und Monsanto, uns zerstören können, unsere Speiseöl-Produktion zu zerstören und wir gezwungen sind gentechnisch verändertes Soja-Öl zu essen. Was bedeutet das für die betroffenen Menschen? Für die 10 Millionen Anbauer von Ölpflanzen, die 1 Million kleine Verarbeiter von Ölpflanzen – und das ist nur ein Produkt – (...).

In Indien haben wir gesehen, wie jede Form von Sicherheit, die wir als **unabhängiges Land** aufgebaut haben, **demontiert** wurde. Das letzte Mal, 1 IWF Internationaler Währungsfonds dass Menschen in Indien verhungerten war 1942 - wir standen noch unter den Briten, der Krieg war in Gang, wir lieferten Reis und Weizen für die Kriegsversorgung. Und die Briten zogen so viel von den Produzenten ab, dass diejenigen, die den Reis produziert hatten, verhungerten. Und ich erinnere mich, dass in dieser Zeit eine Bewegung entstand und Frauen die führende Rolle darin hatten. Sie sagten „Jhandi Bhudandi Bonaha“: „Wir geben unser Leben, aber wir geben nicht unseren Reis“. 2 Millionen Menschen starben 1942. Zum ersten Mal seit damals sind letztes Jahr in Indien Menschen an Hunger gestorben, gerade so wie sie in Südafrika an Hunger sterben. Weltbank und IWF diktieren: „Ihr dürft euren Bauern keine gerechten Preise geben. Ihr dürft euren Armen keine Unterstützung geben, damit sie Nahrung zu bezahlbaren Preisen bekommen. Das ist **Subventionierung** und das ist eine Sünde.“ Aber man erlaubt, dass diese künstlichen Lagerbestände anwachsen, weil die Menschen die Nahrung nicht konsumieren können, die im Land angebaut wurde – und in Indien haben wir jetzt 65 Millionen Tonnen verrottendes Getreide, während Tausende von Menschen verhungern – Tausende von Menschen. Wenn diese Lagerbestände wachsen, kommt die Weltbank und sagt „oh, subventioniert Cargill und Pepsi, damit sie zu halbem Preis exportieren.“ So exportieren wir alle gegenseitig subventioniertes Zeug, um uns gegenseitig die Wirtschaft zu zerstören. (...) In diesem Jahr wurde zum ersten Mal **gentechnisch** verändertes Getreide in Indien angebaut. Und der Ertrag ist 10% von dem was versprochen wurde. Die Einkommen wurden halbiert, die Kosten haben sich verdoppelt. Wenn in der Financial Times, oder CNN berichtet wird, ist das kein Bericht über die Realität auf den Feldern der Bauern. Es ist ein Bericht aus den frisierten Büchern von Monsanto. So wie die frisierten Bücher von Anderson und Enron und

Worldcom, und die Liste geht immer weiter. Wir wissen jetzt, dass sie ihre Bücher frisieren und wir sollen unser Leben ihren Händen anvertrauen? Ich denke heute, nach dem Konzern-Desaster, ist es sehr, sehr deutlich geworden, dass sie die Globalisierung nicht nur rein im wirtschaftlichen Bereich vorantreiben können. Sie müssen die **Globalisierung** vorantreiben als ein Projekt, das durch den **Krieg** unterstützt wird. Das ist das Thema, das Maria Mies aufgebracht hat. Denn ohne diese Kampagne gegen den Terror wären einige Dinge in Indien dieses Jahr nicht geschehen. Wir hätten keine Änderungen in unserem **Patentrecht** bekommen, durch die wir gezwungen werden, Patente auf Leben zu akzeptieren. Zehn Jahre lang, solange wir einen freien demokratischen Raum hatten, haben wir das verhindert. Dieses Jahr wurden religiöse Konflikte erzeugt, die Kampagne gegen den Terror erzeugte diese neue indisch-pakistanische Spannung. Neue Probleme zwischen Minderheiten wurden erzeugt, buchstäblich an dem Tag, an dem diese Abstimmungen stattfanden. Die Bomben und die Abstimmungen im Parlament fanden am selben Tag statt. Ich nenne es einen Rauchs Schleier. Ich nenne es einen Rauchs Schleier, der uns alle mit den Fragen über religiöse Unterschiede beschäftigt, der Unterschiede aufwirft – diesen Unterschied, jenen Unterschied – und **mit diesem „teile und herrsche“ drücken sie die Agenda der Globalisierung** durch zu einem Zeitpunkt zu dem die Menschen begonnen haben „nein“ zu sagen.

Weil die Menschen heute so aufmerksam sind und weil die Leute anfangen ihre demokratischen Rechte auszuüben, kommt die Globalisierung versteckt hinter der Kampagne gegen der Terror auf uns zu. Die **Kampagne gegen den Terror** ist buchstäblich der **Schutz für die Übernahme** unseren Wassers, unserer Nahrung, unseren Saatguts, unserer Schulen, unserer Gesundheitssysteme, von allem, durch die Konzerne (...). Schaut die Situation an, als in Indien Saatgut in eine Ware umgewandelt wurde und Monsanto anfang, unsere gesamte Saatgutversorgung zu übernehmen, aus dem öffentlichen Sektor, von den kleinen Farmen, die Saatgutversorgung aller Farmer. In diesen zehn Jahren sind die Kosten für Saatgut hundert- bis tausendfach angestiegen. Und das neue Saatgut benötigt Chemikalien, es benötigt Pestizide. Farmer verschulden sich, Farmer begehen Selbstmord weil sie diese Schulden nicht zurückzahlen können. Sie haben 200.000, 300.000 Rupees Schulden, Bauern, die kein Geld haben. So etwas haben wir nie zuvor in unserem Land gesehen.

Die Privatisierung von Wasser, darüber hat Maude gesprochen. Nun, wir haben drei Fälle in Indien, die gerade geschehen sind. Im Staat Orissa – einem unserer ärmsten Staaten – hat die Privatisierung der Bewässerung die Bewässerungskosten verzehnfacht – Bauern können ihren Reis nicht anbauen. Wenn sie ihren Reis nicht anbauen können werden sie verhungern. (...)

Im Staat Kerala fördert die Firma **Coke** 1,5 Millionen Liter Wasser täglich aus einer Tiefe von 300 Metern, und innerhalb eines Jahres haben sie Flüsse und Seen in diesem Gebiet ausgetrocknet. Da Wasser in sich

verbunden ist, es ist weltweit verbunden, es ist aber auch in den verschiedenen Schichten verbunden, es ist von den tieferen wasserführenden Schichten über die oberen Schichten mit den Teichen und Seen verbunden. Wenn sie also von tief unten absaugen, saugen sie den Fluss aus, sie bestehlen den Gesamtwasserspeicher. Vierhundert einheimische Frauen klagten: "Wir haben kein Wasser, unsere Ernten sterben dahin, weil Coke unser Wasser wegnimmt."

Und Sie wissen, in Indien haben wir den Ganges, den wir unsere Mutter nennen, - wir nennen ihn heilig, wir behandeln ihn wie eine Göttin.

Suez - diese Gesellschaft versucht, täglich 635 Millionen Liter Gangeswasser zu bekommen. Wir haben da eine Bürgerbewegung, die wir sofort, als wir davon erfahren, aufbauten. Wir gingen durch die Dörfer, und wir erzählten bloß davon, und die Leute sagten: "Aber die Ganga kann nicht verkauft werden, die Ganga ist nicht käuflich."

Und man muss einfach nur solche Informationen benutzen, und ich bin sicher, jede Gemeinschaft wird sagen: "Aber unsere Schulen sind nicht käuflich - unser Leben ist nicht käuflich, unsere Nahrung ist nicht käuflich."

Darum brauchen wir lebendige Demokratie. Ich glaube, wir brauchen lebendige **Demokratie** sowohl, **um mit den falschen Konflikten fertig zu werden**, die erzeugt werden, als auch um unser Leben und unsere Freiheit zurückzuverlangen.

A propos falsche Konflikte - lassen Sie mich nur als Nebenbemerkung erwähnen, dass 1977 in vier Staaten die regierende Partei die Wahl verlor wegen der schlichten Zwiebel. Die Zwiebel, Sie kennen die Zwiebel, - nun, wir benützen sie viel in unseren Currygerichten, und selbst die Ärmsten haben, wenn sie nichts anderes haben, immer noch eine Zwiebel zu ihrem Chapatti. Man erlaubte den Export von Zwiebeln in jenem Jahr, und die Zwiebelpreise gingen in die Höhe. Vorher konnte man ein Kilo für zwei Rupees kaufen, und jetzt stiegen die Preise auf hundert Rupees pro Kilo. In vier Staaten wurde die Regierung abgewählt und die Oppositionspartei gewann. Und die frühere Regierungspartei hatte zwei Möglichkeiten - auf der großen Plenarsitzung an ihrem Parteitag sagten Sie: "Oh, wir müssen gegen die Liberalisierung und Globalisierung angehen, weil das einen solchen Stress verursacht, dass die Leute gegen uns stimmen. Also stoppen wir die Globalisierung!" Und der Premierminister kam in die Versammlung eingeflogen und sorgte dafür, dass diese Richtung zu Fall gebracht wurde. "Man kann die Globalisierung nicht ändern, und ihr habt trotzdem an die Macht zu kommen und ihr müsst trotzdem Wahlen gewinnen." Und am gleichen Abend explodierten und brannten die ersten Kirchen. ... Für uns ist lebendige Demokratie, dass wir durch diese Zeiten hindurch mit der heute Abend erlebten Freude und der Solidarität überleben. Für mich ist lebendige Demokratie in erster Linie - eine nicht tote Demokratie. Denn die Demokratie ist sehr tot, wenn alle Politiker ständig dasselbe tun, egal wer sie sind, egal wen wir ins Amt wählen. Für mich ist lebendige Demokratie auch die Demokratie allen Lebens, es geht

um alles **Lebendige**. Der Grund dafür, dass wir in dem Schlamassel sind, in dem wir uns befinden, liegt wohl teilweise darin, dass wir uns vom Leben abgetrennt und gesagt haben: "Oh, diese Pflanzen und diese Tiere da, sie haben nicht den gleichen Status." Aber dann könnte man diese Denkweise ausdehnen und sagen, auch die Frauen haben ihn nicht, und die Stammesvölker haben ihn nicht, und die Braunhäutigen haben ihn nicht, und ganz allmählich kommen wir dann in die Situation, dass die Zoellicks und die Lamys<sup>2</sup> und die Cokes und die MacDonalds und die Monsanto - die einzigen verbliebenen Menschenwesen sind.

Wenn wir also unseren Anteil an menschlichem Leben und Demokratie zurückhaben wollen, müssen wir damit anfangen, einen größeren umfassenden Raum der Demokratie allen Lebens zu schaffen, eine Erddemokratie. Und es ist auch eine lebendige Demokratie des täglichen Lebens.

Ich meine, es ist kein Zufall, dass wir hier alle **Frauen** sind<sup>3</sup>. Denn wir haben ein verzweifertes, gieriges Kapital, das versucht zu sagen: "Ich werde Geld aus euren Nahrungsmitteln machen und aus eurem Wasser und aus der Luft, die ihr atmet, und aus den Erbinformationen in den Zellen und aus euren Tieren. Ich werde aus all dem Geld machen." Und es gibt ein anderes Paradigma für Dienstleistung, es muss nicht das GATS<sup>4</sup> sein. Jenes Dienstleistungsmodell besteht in allem, was Frauen seit jeher für den Lebenserhalt getan haben. Das ist wahrer Dienst. Und diese wahre Dienstleistung schafft eine lebendige Wirtschaft, nicht eine Wirtschaft des Todes und des Völkermords. In einer lebendigen Wirtschaft wird das Leben erhalten, wird das Leben genährt, wird wirklicher Wohlstand hervorgebracht, wird das Wohlergehen des Volkes sichergestellt, werden Bedürfnisse befriedigt, werden Existenzgrundlagen geschaffen. Nichts hiervon zählt in der Todeswirtschaft, zu der die Globalisierung geworden ist.

Und lebendige Wirtschaft und lebendige Demokratie bringt auch lebendige Kultur hervor. Heutzutage haben wir **Kulturen**, die zu Kulturen der Furcht verkümmert sind, den Zusammenprall der Kulturen - "wenn ihr nicht mit uns seid, dann seid ihr gegen uns". Solch eine elende Verfassung des Menschen, der so sehr in Furcht lebt, dass alles sich im Kriegszustand befindet! "Und darum können wir nicht in Sicherheit sein, wenn wir nicht alles ausrotten" - dies ist das Denkmodell, das uns vorgegeben wird. Aber wir haben ein anderes Modell, das einer positiven Kultur, das besagt, dass wir in eine tiefere Lebensgrundlage eingebettet sind, dass wir Teil der Schöpfung sind, dass

<sup>2</sup> Zoellick ist Handelsbeauftragter und Verhandlungsführer der US Regierung bei der WTO, Pascal Lamy ist EU Handels

Kommissar und Verhandlungsführer der EU bei der WTO

<sup>3</sup> Alle Aktiven auf der Bühne bei dieser Veranstaltung waren Frauen

<sup>4</sup> General Agreement on Trade in Services - Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

wir unsere Verschiedenheit und jenen weiteren, tieferen positiven Sinn für Identität feiern anstatt der Erfahrung,

die besagt: "Wenn ich überleben soll, musst du ausgelöscht werden."

Wenn Monsanto Profite haben muss, dann kann das Saatgut nicht immer von neuem erzeugt werden. Ich habe über Dialoge mit diesen Unternehmen geschrieben, wo sie die Bienen als unrechtmäßige Pollenräuber bezeichnet haben, dass Bienen Pollen stehlen. Und deshalb müssen sie hybrides Saatgut herstellen und das Saatgut "begrenzen", so dass die Bienen keine Pollen "stehlen" können. Und sie haben über die biologische Vielfalt gesprochen, die den Sonnenschein stehlen würde, und deshalb müssen sie Chemikalien spritzen, damit durch all diese grünen Sachen auf unseren Feldern nicht der Sonnenschein gestohlen wird. Können Sie sich eine abwegigere Weltsicht vorstellen, in der man glaubt, die Sonne werde gestohlen, der Pollen werde gestohlen, das Saatgut, das wir bewahrt haben, werde gestohlen? Dass wir, wenn wir Wasser aus unserem Brunnen trinken,

wir Wasser stehlen, dass, wenn wir unsere Kinder in öffentlichen Schulen erziehen, wir Erziehung stehlen, dass, wenn wir uns selbst heilen, Gesundheit stehlen? In dieser trostlosen, verzweifelten Todeswirtschaft müssen Identitäten zu **Identitäten der Angst** werden. Und diese bringen das Syndrom hervor: "Du musst ausgelöscht werden, wenn ich leben soll."

Die Vereinigten Staaten, nachdem sie am Höhepunkt dieser „Angstidentitäten“ angelangt sind, stürzen nun die ganze übrige Welt da hinein.

Doch es gibt einen anderen Weg, sich gegenseitig anzuschauen. Und ich denke an diese wunderschöne Vorstellung in Indien, die im Grunde sagt: „So ham“ - **"Du bist – darum bin ich."** Das ist die Vorbedingung unserer zukünftigen Arbeit, des Friedens auf Erden, der Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit. Und der Punkt ist, wir brauchen uns dabei nichts vorzumachen: "Ihr seid – darum bin ich!" Ich danke Ihnen.

## Kurznachrichten

### Venezuela

ATTAC France, 13.12. 2002:

#### 1. Solidarität mit der Demokratie in Venezuela

Unsere Freunde von ATTAC Venezuela informieren uns ständig über den putschistischen „Streik“ den der lokale Arbeitgeberverband (Fedecamaras) und die korrumpierte Gewerkschaft CTV in Gang gesetzt haben. Ein „Luxusstreik“ übrigens, da die Arbeitgeber selbst das Bezahlen der Löhne der „Streikenden“ angeboten haben, die in Caracas demonstrieren und dabei Fahnen von Venezuela und von den USA tragen.

Die beste Form unserer Solidarität ist die Information der Bürger und die Aufforderung an die Abgeordneten, die Parteien und die Regierung, den heranschleichenden Staatsstreich gegen den Präsidenten Chavez zu verurteilen, einen Staatsstreich, der von den venezolanischen Medien angezettelt wird.(..)

Zögert nicht, Solidaritätsadressen an ATTAC Venezuela zu schicken: [attac-venezuela@cantv.net](mailto:attac-venezuela@cantv.net)

*Bernard Cassen, Koordinator der internationalen Kommission von ATTAC*

#### 2. Maurice Lemoine: Destabilisierung in Venezuela

Nach ihrer deftigen Niederlage beim Staatsstreichversuch gegen den Präsidenten Hugo Chavez am 11. April 2002 hat die venezolanische Opposition, die eine Minderheit bei Wahlen darstellt, erneut das Land zu destabilisieren versucht. An der Spitze dieser Opposition stehen die Unternehmervereinigung Fedecamaras, die Gewerkschaftsbürokratie des Arbeitervereins Venezuelas (CTV), eine Reihe von konservativen Parteien und Organisationen, die in der „demokratischen Koordination“ zusammengeschlossen sind. In mehrerer Hinsicht erinnert es an die Strategie, die Anfang der 70er Jahre in Chile den Sturz des Präsidenten Salvador Allende vorbereitet hat. Der

zuerst „unbegrenzte“, später „unumkehrbare“ Generalstreik, der am 2. Dezember ausgerufen und von den Arbeitgebern bezahlt wurde, wurde nur zum Teil befolgt und zerläppert sich. Aber alle Elemente des Szenarios von April treten wieder in Erscheinung:

- Aufruf zur zivilen und militärischen Erhebung von der „befreiten Zone“ der Plaza Altamira im Osten Caracas aus durch eine Gruppe von Offizieren, die schon am vorigen Staatsstreichversuch teilgenommen haben.
- Aufheizen der Spannungen durch einen Medienapparat, der 18 Stunden am Tag ständig die Thesen der Opposition verbreitet und offen zum Sturz des Präsidenten aufruft.
- Schaffung von Bedingungen, die zu Gewalttaten verleiten, mit dem Ziel, an die internationale Gemeinschaft zu appellieren, „um dem Chaos ein Ende zu setzen“. Durch eine Schießerei, deren Umstände noch völlig unklar sind, hat die Opposition drei Tote und 20 Verletzte zu verzeichnen: Ein Mann, der inzwischen verhaftet wurde, hat am 12. Dezember auf der Plaza Altamira in die Menge geschossen. Wie der Zufall es wollte, hielt gerade Carlos Ortega, einer der Führer der Opposition, eine direkt vom Fernsehen übertragene Rede. So konnte er sofort den Präsidenten als „Mörder“ beschimpfen und beschuldigen, Urheber des Verbrechens zu sein. Diese Anklage wurde von den privaten Medien wieder aufgegriffen – ohne dass irgendwelche Untersuchungsergebnisse vorlagen.
- Missbrauch der Opfer dieses „Altamira-Massakers“, um die Operation „wirtschaftliche Destabilisierung“ in Gang zu setzen: Die leitenden Angestellten, die technokratischen „Erdölgeneräle“, die für die Privatisierung der staatlichen Ölgesellschaft PDSVA sind, legten das Unternehmen lahm.

In einer ersten Phase hat diese letzte Maßnahme gewirkt. Der Produktionsstopp hat die Ausfuhrmöglichkeiten vollends zerschlagen, mit Verlusten von ca. 50 Millionen Dollar pro Tag und einer Unterbrechung der Öllieferungen der PDSVA, insbesondere in die USA.

Im Kontext der Vorkriegszeit gegenüber dem Irak bietet dieser Ausfall eines der größten Lieferanten den Vorwand

für Washington, den Druck zu verschärfen, auch durch die Einbeziehung des Generalsekretärs der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), Cesar Gaviria, der in Caracas den Dialog fördern möchte und für die unverzügliche Organisation von Wahlen eintritt – außerhalb jeglichen verfassungsmäßigen Rahmens. Die Opposition gibt sich noch radikaler und fordert den „Rücktritt“ des jetzigen Präsidenten. Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse würde sie wahrscheinlich diese Wahlen verlieren – es sei denn, es wird Chavez verboten, daran teilzunehmen – eine seltsame Vorstellung von Demokratie!

Sehen wir uns die Entwicklung der letzten Tage an: Seit dem 11. Dezember versammelt sich regelmäßig und friedlich die organisierte zivile Gesellschaft von Chavez Anhängern. Angewidert von der hasserfüllten Propaganda der privaten Medien, schreien sie „Sagt die Wahrheit!“ vor den Gebäuden der Fernsehsender und der Tageszeitungen. Jeden Tag gehen immer mehr Menschen dafür auf die Strasse. Gestützt auf diese Mobilisierung der Bevölkerung und auf die Armee (aus der die am Putschversuch vom 11. April beteiligten Offiziere entfernt wurden) scheint die Regierung die Kontrolle über die PDSVA zumindest teilweise wieder gewonnen zu haben.

In den letzten Tagen hat die venezolanische Regierung viele Unterstützungsadressen erhalten (Abgeordnete der Verts/ALE und der GUE/NGL im europäischen Parlament, US-Abgeordnete, die von Washington die Unterstützung der demokratisch gewählten regierungen fordern, Ölgewerkschaft in Argentinien, Gewerkschaftsverband in Uruguay, die Ölgewerkschaft in Kolumbien, die OPEP usw.)

Aus Sicherheitsgründen hat die US-Regierung es einem Teil ihres diplomatischen Personals erlaubt, das Land zu verlassen. Da die Opposition genauso wie am 11. April „Opfer“ braucht, könnten Provokationen und auf sich selbst verübte Attentate die nahe Zukunft verdunkeln. Denn vom Ergebnis dieser stark nach Öl stinkenden Schlacht hängt die Zukunft Venezuelas, hängen die sozialen Reformen, die das Land dringend braucht, ab.

*Quelle: [www.monde-diplomatique.fr/dossiers/venezuela/](http://www.monde-diplomatique.fr/dossiers/venezuela/)*

*Anm. der Redaktion: Artikel gibt es auch in der deutschen Ausgabe von Le Monde Diplomatique, Mai und Juni 2002  
[www.taz.de](http://www.taz.de)*

## Hungerstreik in Tunesien

### 1. Aufruf von ATTAC Tunesien zur Solidarität mit den hungerstreikenden tunesischen Arbeitern von ICAB (Zusammenfassung):

Zwölf Beschäftigte des im Jahr 2000 privatisierten Textilunternehmens ICAB in Moknine, ca. 150 km von Tunis, befinden sich seit dem 13. November im Hungerstreik. Sie protestieren hiermit gegen ihre Entlassung und die von 5 weiteren Beschäftigten im August 2002 und für den Erhalt der Firma, die die beiden Besitzer aus

spekulativen Gründen liquidieren wollen: Sie wollen das Betriebsgelände gewinnbringend verkaufen. Vor der Privatisierung wurden in diesem bis dahin florierenden Unternehmen 74% der 650 Beschäftigten nach und nach entlassen, ca. die Hälfte aller Produktionsmittel ausrangiert bzw. verkauft.

Seit August 2002 weigern sich die Besitzer, Sozialbeiträge usw. abzuführen und weigern sich auch, die Gewerkschaft anzuerkennen, weshalb die Gewerkschaftsvertreter den Kern der Hungerstreikenden stellen.

RAID ATTAC Tunesien ruft zur internationalen Solidarität auf.

Kontakt über folgende Mailadresse: [raidsolidarite@yahoo.fr](mailto:raidsolidarite@yahoo.fr) (auf französisch, versteht sich – wer damit Schwierigkeiten hat, aber trotzdem seine/ihre Solidarität ausdrücken möchte, kann sich auch bei [helmut.weiss@labournet.de](mailto:helmut.weiss@labournet.de) melden)

### 2. Aus der Presseerklärung von ATTAC France, 11.12.2002:

„(...) Die Not dieser Hungerstreikenden ist genau ein Beispiel der zerstörenden Auswirkungen der Privatisierungen, die die tunesische Regierung und die Europäische Union unter der Obhut der internationalen Institutionen zugunsten der lokalen Eliten und der multinationalen Unternehmen vorangetrieben haben. (...) Schließlich verlieren diese Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Familie trotz ihrer Arbeit und ihrer Aufopferung die Grundlage ihres Lebens.“

Im Rahmen seiner Kämpfe gegen die neoliberale Globalisierung in der Welt und im Mittelmeerraum erklärt ATTAC Frankreich Folgendes:

- Wir verurteilen die Auswirkungen der europäischen neoliberalen Politik, die im Mittelmeerraum durch den Prozess von Barcelona vorangetrieben wurden;
- wir erklären unsere volle Solidarität mit den Hungerstreikenden und ihrem Unterstützungskomitee;
- wir fordern, dass die 17 entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen können;
- wir rufen zu einer internationalen Solidarität mit dieser Aktion auf, um zu vermeiden, dass diese Frauen und Männer für ihren Mut sehr teuer zahlen, angesichts der erbärmlichen Bedingungen für eine politische und gewerkschaftliche Aktivität in Tunesien.“

### 3. Home-Page von ATTAC Tunesien, 15. Dezember :

„Die Zensur durch die tunesische Regierung erlaubt es uns nicht mehr, diese Seite direkt im Land zu gestalten. Darum hat zurzeit eine Gruppe von in Frankreich ansässigen Aktivisten die Gestaltung dieser Seite übernommen. Wir stehen soweit wie wir können in Kontakt mit unseren Freunden in Tunesien, aber unsere Verbindungen werden immer wieder durch die tunesische Regierung unterbrochen. Wir werden trotzdem unser Bestes tun, um euch zu informieren“

*Übersetzungen: M.D.Vernhe*